

**Annoucen-  
Annahme-Bureau:**  
In Posen bei  
Hrn. Krupski (C. H. Ulrich & Co.)  
Breitstraße 14;  
in Gnesen  
bei Herrn Th. Spindler,  
Markt- u. Friedrichstr. Ecke 4;  
in Grätz b. Hrn. L. Strelow;  
in Berlin, Breslau,  
Frankfurt a. M., Leipzig,  
Hamburg, Wien und Basel:  
Haasenstein & Vogler.

# Posener Zeitung.

Dreundstebzigster Jahrgang.

**Annoucen-  
Annahme-Bureau:**  
In Berlin,  
Wien, München, St. Gallen:  
Rudolph Hoff;  
in Berlin:  
A. Reimer, Schloßplatz  
in Breslau,  
Kassel, Bern u. Stuttgart:  
Sachs & Co.;  
in Breslau: K. Jenke;  
in Frankfurt a. M.:  
G. L. Danne & Co.

Nr. 46.

Das Annoncément auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vier-  
teljährlich für die Stadt Posen 14 Sgr., für ganz  
Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen an-  
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Donnerstag, 23. Februar

Inserate 14 Sgr. die fünfzeilige Zeile oder  
deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher,  
sind an die Expedition zu richten und werden für  
die an demselben Tage erscheinende Nummer nur  
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1870.

## Amtliches.

Berlin, 23. Februar. Se. M. der König haben Allernädigst gerucht:  
Den Stadtrichter Daemung hier selbst zum Rath bei dem hiesigen Stadt-  
gericht; und den Kreisrichter Steiner in Heiligenbeil zum Stadtgerichts-  
Rath in Königsberg i. Pr. zu ernennen.

Der Kreisrichter Glatte zu Bunzlau ist zum Rechtsanwalt bei dem  
Kreisgericht in Freystadt und zugleich zum Notar im Departement des Appel-  
lationsgerichts zu Glogau mit Anweisung seines Wohnsitzes in Freystadt er-  
nannt worden.

Dem Lehrer der Landwirtschaft an der staats- und landwirthschaftlichen  
Akademie zu Ethena bei Gressfald, Dekonomie-Rath Dr. Kolyde, ist der  
Titel „Professor“ beigelegt worden.

## Vertretung des Grundbesitzes.

Der Uebergang Preußens aus dem Feudalstaat in den Staat  
der Gewerbe- und Handelsfreiheit muß natürlich dem landwirth-  
schaftlichen Gewerbe manche Verlegenheiten bringen, indem ihm  
dadurch Privilegien und Vorrechte, deren es früher sich erfreute,  
genommen werden, ohne daß es, an die früheren Stützen gewöhnt,  
sogleich die Kraft fände, den Wettlauf mit den anderen (Mobili-  
en-, Geld- und Verkehrs-) Gewerben aufzunehmen. Vermehrt  
und verlängert werden diese Kalamitäten durch diejenigen, welche  
diese nach Gleichberechtigung und Befreiung aller Gewerbe hin-  
drängende Neugestaltung des sozialen Lebens als etwas Zufällig-  
es, als eine moderne Laune bekämpfen, anstatt zu streben, die  
durch Entdeckungen und Erfindungen, durch Vermehrung der  
Verkehrswege und Verkehrsmittel bedingte Entwicklung zu ihrem  
Abschluß zu bringen.

Die Uebergangsperiode, welche hier so unangenehm ist wie  
überall, zeigt sich nicht nur in den wirtschaftlichen, sondern auch  
in den rechtlichen Verhältnissen. Der Staat hat nach Auf-  
hebung der Privilegien des Grundbesitzes gleichwohl die Mehr-  
belastung des Grundbesitzes nicht aufgegeben, sondern nach seiner  
Gewohnheit, in erster Reihe den Landbesitz zu den öffentlichen  
Lasten heranzuziehen, das landwirthschaftliche Gewerbe mehr und  
mehr belastet. Andererseits hat sich der Staat auch noch nicht  
entschließen können, die Förderungsmittel, womit er früher dem  
sehr schutzbedürftigen Handel und Gewerbe hilfreich entgegenkam,  
— wir denken dabei besonders an das Privilegium der preußi-  
schen Bank, — jetzt nachdem der Betrieb mit gemeinlichen Sa-  
chen und mit Kapital einen so ungeheuren Aufschwung genom-  
men, entziehen zu lassen oder in gerechter Würdigung der  
neuen Zustände auch auf die Landwirtschaft auszudehnen.

Mit der Krankheit, sagt man, mehren sich die Nerven; und  
danach läßt sich annehmen, daß die Uebel, unter denen die  
Landwirtschaft leidet, im Wachsen begriffen sind; denn die Zahl  
derer, welche mit Wort und Schrift die Krankheit besprechen  
und Heilmittel vorschlagen, wird immer größer. Der sieben  
beendete landwirthschaftliche Kongress in Berlin  
zählte 7—800 Mitglieder, die viel berietben und manchen guten  
Beschlus faßten. Wir haben dabei mit Genugthuung bemerkt,  
daß der Kongress im Ganzen an dem von uns bereits früher  
vertheiligten Grundsatze: Selbsthilfe durch freiwillige  
Vereinigung festhielt; wo er weiter gegangen ist, da wird  
rasche Erfahrung die Lehre geben, umzukehren, wenn das, was  
man erstrebt, erreicht werden soll.

Außer in Vereinen und Versammlungen arbeiten die In-  
telligenzen der Landwirtschaft noch eifrig durch die periodische  
Presse und die Broschürenliteratur; man sollte wirklich meinen,  
das wäre bereits Interessenvertretung genug. Indessen betrachten  
wir, was darüber ein bekannter posener Grundbesitzer sagt. Der-  
selbe legt uns das Resultat seiner Forschungen in einer Broschüre  
vor, welche den Titel führt: Vertretung und Kredit des  
Grundbesitzes dem Staate und Volk gegenüber\*  
von H. v. H. auf 2\*).

Obwohl der Verfasser den Zusammenhang der beiden bren-  
nendsten Fragen des landwirthschaftlichen Gewerbes (Interessen-  
vertretung und Kredit) nicht nachweist, sondern beide in geson-  
derten Aufsätzen behandelt, so läßt er uns doch diesen Zusam-  
menhang ahnen. Wie die Theologen als Grund aller Uebel  
in der physischen und moralischen Welt die Erbsünde betrachten,  
so möchten wir alle Kalamitäten der Landwirtschaft auf den  
Geldmangel zurückführen. Das ist freilich so wenig der letzte  
Grund, wie die Erbsünde, sondern nur die Folge unserer wirth-  
schaftlichen Entwicklung; allein er erklärt die ganze Agitation der  
Grundbesitzer, möge dieselbe nun mit der Devise Interessenver-  
tretung, Steuerreform, Kreditfrage oder, anderswie auftreten.  
Die Erlösungsformel ist also ganz leicht, — wenigstens leicht  
ausgesprochen, wenn auch nicht ausgeführt; sie lautet einfach:  
man entziehe der Landwirtschaft weniger Geld und führe ihr  
mehr Geld zu.

An der Verwirklichung dieser Aufgabe müssen natürlich zu-  
erst die Landwirthe selbst arbeiten, einmal jeder Einzelne durch  
möglichst rationellen Betrieb, sodann durch vereintes Wirken für  
die gemeinschaftlichen Ziele; wirksam aber können diese Bestre-  
bungen nur werden, wenn der Staat sie fördert. Ein ratio-  
neller Betrieb setzt gute Lehranstalten, Versuchstationen, Muster-  
wirthschaften, Museen und andere landwirthschaftliche Institute  
voraus, welche der Staat schaffen muß, weil sie der Einzelne  
nicht schaffen kann. Die freiwillige Vereinigung der Kräfte  
kann nur dann fruchtbar wirken, wenn Gesetze und Einrichtungen

\*) Berlin, Verlag der Stübischen Buch- und Kunsthandlung (S. Gerst-  
mann).

vorhanden sind, welche eine freiere Bewegung gestatten, ohne  
deshalb der Solidität Abbruch zu thun. Endlich hat der Staat  
sowohl was die Förderungsmittel, als was die Lasten betrifft,  
die verschiedenen Gewerbe vollständig gleich hinzustellen. Um  
diese Ziele, die wir vollständig billigen, und oft auch um noch andere,  
welche wir zurückweisen müssen, zu erreichen, was zusammen-  
genommen zuletzt die Wirkung haben soll, den Geldmangel zu  
heben, verlangt ein großer, wenn nicht der größte Theil der  
Landwirthe nach besonderen Organen im Staate, welche diese  
Interessen vertreten sollen.

Der Autor obengenannter Schrift stimmt dieser Forderung  
nicht bei, obwohl gerade er den Staat für die Kalamitäten  
der Landwirtschaft verantwortlich macht. Es gab eine Zeit,  
da raisonnirten in dieser Weise nur die Demokraten, dann kamen  
die Cassalleaner und jetzt finden auch die Aristokraten, daß etwas  
faul ist im Staate. In genialen Umrissen entwirft der Ver-  
fasser von dem obersten Hüter der Landwirtschaft — von dem  
Staate — ein Bild, das fast nichts als Schatten enthält und  
doch eigentlich nicht übertrieben erscheint. Die mangelhafte Ver-  
tretung, welche der Grundbesitz im landwirthschaftlichen Mini-  
sterium findet, der Ueberfluß an Steuern und der Mangel an  
Bildungsanstalten wird zuerst beleuchtet. Was geschieht  
zur gründlichen Bekämpfung der furchtbaren Ignoranz auf  
dem Lande? In der Provinz Posen findet der Verfasser  
die Unwissenheit der ländlichen Bevölkerung im Steigen  
und er betrachtet dies als eine Folge der Einrichtung, daß  
die Pfarrer geborene Schulinspektoren sind. Schon dieses  
Eine beweist, daß der Verfasser nicht, wie ein Kritiker der  
„Nationalztg.“ behauptet, aus dem Standpunkt der „Kreuzztg.“  
steht. Herr H. v. H. sieht allerdings in der Landwirtschaft die  
„materielle Grundkraft der Nation“, den „wichtigsten aller Er-  
werbszweige“, die „Existenzfähigkeit der Nation“, das „Haupt-  
interesse des Staates“, welches vor Allem gewahrt werden müsse,  
damit der Staat, wenn wir daran gehen, die deutsche Einheit  
herzustellen, in der „Gesamtkraft des Grundbesitzes“ eine mäch-  
tige Stütze finde; der Verfasser bedauert auch, daß dem Grund-  
besitzer die Rechte betreffs der Kirche, Schule, Obrigkeit ohne  
Entschädigung abgenommen worden sind, als wenn publizis-  
tische Rechte gleich vermögensrechtlichen durch Geld ablösen  
ließen; es will uns sogar scheinen, als ob der Autor dem alten  
Wort: „Landwirthschaftliche Staaten“ eine Ehre der Sympathie nachweinte, indessen sie trübt keinen  
hellen Blick nie so weit, um ihm den Wunsch zu erregen, die  
moderne Entwicklung rückgängig zu machen. Er verlangt nir-  
gends Rechte auf Grund von Geburt oder auf Grund einer  
besonderen Eigenschaft eines Grundstücks; und wenn ihm die  
„Kreuzztg.“, welche auf diesen Nostalgien reitet, trotzdem bei  
Besprechung der Broschüre ihre Sympathien ausdrückt, so kann es  
nur geschehen sein, weil die Darlegung der landwirthschaftlichen  
Schäden eine getreue ist.

Was aber den Vorzug betrifft, den der Verfasser für die  
Landwirtschaft in Anspruch zu nehmen scheint, so seien uns  
hier einige Worte gestattet; bei der achtungswerthen Neigung  
des Autors, auch andere Meinungen zu hören und zu prüfen,  
gelingt uns vielleicht eine Verständigung. Wir haben nichts  
dagegen, wenn Jeder seinen Stand als den vornehmsten, wich-  
tigsten und unerlässlichsten betrachtet, allein öffentlich behaupten,  
ein Berufsstand gelte mehr als die übrigen, hieße vom Staate  
mehr Berücksichtigung für ihn fordern, also Vorrechte, denn was  
besser ist, muß besser gehalten werden. Der Beweis hierfür kann  
aber nicht erbracht werden. Es giebt blühende Staaten, wo sehr  
wenig Ackerbau getrieben wird, und wir haben Länder, die wahre  
Getreidekammern sind, und doch hinter den ersteren zurückstehen.  
Fort also mit solchen Illusionen, welche nichts bewirken als die  
Vertreter der übrigen Berufsstände gegen die landwirthschaftliche  
Bewegung einnehmen. Wollen die Grundbesitzer ihr Ziel  
Gleichstellung mit den übrigen Gewerben möglichst  
schnell erreichen, dann müssen sie vor Allem anerkennen, daß die  
Landwirtschaft ein Gewerbe ist, nicht besser und nicht schlechter  
als die übrigen, dem Staate just so wichtig als die anderen, —  
aber auch nicht mehr. Oder ist es etwa wahr, daß der Grund-  
besitz im Kriege mehr opfert als die andern Faktoren der Volkswirthschaft.  
Wir denken, Handel und Gewerbe, Fabriken und  
Verkehr werden in Kriegzeiten zunächst und oft noch mehr  
betroffen.

Wie bereits bemerkt, verlangt der Verfasser zur Hebung der  
Landwirtschaft nicht eine offizielle Sondervertretung, er  
wünscht nur eine stärkere Vertretung der Grundbesitzer in den  
parlamentarischen Körperschaften; indessen er ist ein Feind des  
allgemeinen Wahlrechts und plaidirt für ein freies Wahl-  
system auf den soliden Grundlagen einer dringend  
nothwendigen Gemeindeordnung. Gewöhnt, seine  
Ideen in geistreich pointirten Sätzen aufzustellen ohne sie weiter  
auszuführen, hat es der Autor unterlassen, uns seinen Plan  
sachlich darzulegen, was verhindert, uns darüber auszusprechen.  
Ueber seine Vorschläge in Betreff des Kredits und der Assoziation  
verbreiten wir uns in einem folgenden Artikel.

## Deutschland.

△ Berlin, 23. Febr. Es ist schon anderweitig mitgetheilt  
worden, daß dem Bundesrathe eine Vorlage gemacht ist, welche  
auf das Rechnungswesen des Bundes Bezug hat. Be-  
kanntlich ist der preussische Oberrechnungskammer die Befugnis

übertragen worden, unter dem Titel „Rechnungshof des  
Norddeutschen Bundes“ die gesammte Kontrolle des Bundes-  
haushalts durch Prüfung und Feststellung der Rechnungen zu  
führen. Diese Funktion wird aber demnächst erlöschen, so daß  
nur die Prüfung der Rechnungen aus dem Jahre 1869 erledigt  
werden kann. Es ist daher nothwendig, jetzt über die Kontrolle  
des Bundeshaushalts im Jahre 1870 Bestimmung zu treffen.  
Da nun ein Gesetz, welches das ganze Rechnungswesen regeln  
soll, auch in Bezug auf Preußen in Aussicht steht, so empfiehlt  
es sich, eine definitive Beschlußnahme über die Rechnungsbehörde  
des Bundes bis zum Abschluß der über die Organisation der  
preussischen Oberrechnungskammer einzuleitenden Verhandlungen  
zu vertagen. Mit Rücksicht hierauf hat nun der Bundeskanzler  
vorgeschlagen, das der Oberrechnungskammer einstweilen erteilte  
Mandat um ein ferneres Jahr zu verlängern. — In Betreff  
der Realcreditfrage ist dem landwirthschaftlichen Ministerium  
von Seiten des Bundeskanzleramtes die Mittheilung zugegangen,  
daß sich der mit der Leitung der Enquete über diese Frage be-  
auftragte Ausschuss des Bundesraths für Handel und Verkehr  
über den an den Bundesrath zu erstattenden Bericht verständigt  
hat. Danach soll in einem allgemeinen Resumé über die bei  
der Enquete hervorgetretenen einzelnen Ansichten und Vor-  
schläge dem Bundesrathe der Erlaß eines Gesetzes em-  
pfohlen werden, welches die Normativ-Bedingungen für  
die Errichtung von Hypotheken-Banken feststellt. —  
Der Entwurf zu dem Jahresberichte des Landes-Dekono-  
mie-Kollegiums an den Minister der landwirthschaftlichen  
Angelegenheiten pro 1869 ist jetzt abgeschlossen. Es wird darin  
konstatirt, daß die Ernte im vergangenen Jahre eine weit  
bessere als in den früheren gewesen sei, namentlich im Osten der  
Monarchie, wo mit besonderer Besorgnis dem Resultat der Ernte  
entgegengesehen worden. Leider sei jedoch das gehabte Glück ein  
nicht unbedenkliches. Denn die Gläubiger der dortigen Land-  
wirthe glaubten jetzt den Zeitpunkt gekommen, zu ihrem Rechte  
gelangen zu können. Ihre Forderungen zu befriedigen reiche aber  
der Erlös aus einer günstigen Ernte nicht aus und daher sei  
zu befürchten, daß die Zahl der Subhastationen wachsen werde.  
Unter diesen Umständen dürfte es vielen Grundbesitzern doppelt  
schwer werden, die von der Staatsregierung vor zwei Jahren  
gewährten Nothstandsdarlehen jetzt im vollen Betrage zurückzu-  
zahlen. Aus diesem Grunde wird die Vermittlung des Mi-  
nisters für eine möglichst milde Praxis in der Einziehung der  
Staatsdarlehen erbeten und zwar entweder durch Stundung der  
Darlehen oder durch Zulassung ratenweiser Tilgung derselben. —  
Zu der hier gegenwärtig tagenden Schulkommission des  
Nordd. Bundes, welche bekanntlich die Aufgabe hat, die Lehren-  
anstalten, denen die Besuchs- und Qualifikationszeugnisse zum einjäh-  
rigen Militärdienst auszustellen erteilt ist, zu überwachen, ist  
zur Vertretung Sachsens der Geh. Kirchen- und Schulrath Dr.  
Giltart aus Dresden und zur Vertretung Hessens der Oberstudien-  
rath Dr. Wagner aus Darmstadt hier eingetroffen. Den  
Vorsth in der Kommission führt bekanntlich der preussische Geh.  
Oberregierungsrath Dr. Wiese.

△ Berlin, 23. Febr. [Bundesrath. Prüfungs-  
reglement für Seeleute. Resolution Kaiser, Baden  
beir. Zur Abschaffung der Todesstrafe. Die Vor-  
debatte über das Strafgesetzbuch. Prämienanleihen.  
Bundesgesetz über die Ausgabe von Banknoten.]  
Seitens des Bundesraths des Nordd. Bundes fanden heute nur  
zwei Ausschüßungen statt. Die Ausschüsse für Handel und  
Verkehr und für Rechnungswesen beschäftigten sich mit der in  
der letzten Plenarsitzung eingebrachten Vorlage wegen Feststellung  
des Bundeshaushaltsgesetzes pro 1871. Der Handelsausschuss  
allein berietb über die an dieser Stelle auch bereits erwähnte  
Vorlage wegen eventueller Ausdehnung der Maß- und Gewichts-  
ordnung auf die süddeutschen Staaten, beziehentlich die gegen-  
seitige Zulassung der geeichten Gewichte, Maße und Maßwerk-  
zeuge. Beide Vorlagen werden demnächst an das Plenum ge-  
langen und somit in verhältnismäßig kurzer Zeit dem Reichstag  
zugehen. Die Staatsberatungen in letzterem sollen in 8 bis 10  
Tagen beginnen und werden nicht mehr Zeit in Anspruch neh-  
men, als es im vorigen Jahre der Fall war. — Unter den  
Angelegenheiten des Bundesraths, welche mehr die Verwaltung  
betreffen, ist die Vorlage über ein Prüfungsreglement für See-  
leute soweit gefördert, daß dem Bundesrath demnächst darüber  
Bericht erstattet werden kann. Es hat gerade diese Angelegen-  
heit zu sehr lebhaften und umfangreichen Debatten Anlaß ge-  
geben, und es war nicht leicht, eine Ausgleichung in den nament-  
lich großen Meinungsverschiedenheiten zwischen Preußen und den  
Hansestädten herbeizuführen. — Im Reichstage ist die heutige  
Rast meist von den Fraktionen zu Besprechungen über die  
Kommissionenwahlen und die bevorstehende Debatte zur dritten  
Lesung des Jurisdiktionsvertrags mit Baden benützt worden.  
Ueber diesen letzten Gegenstand fanden in der Fraktion  
der Nationalliberalen sehr umfangreiche Debatten statt, als deren  
Resultat folgende von dem Abg. Kaiser einzubringende Resolu-  
tion zu betrachten ist: Der Reichstag wolle beschließen, zu er-  
klären: „Der Reichstag des Norddeutschen Bundes spricht dem  
unablässigen nationalen Bestreben, in welchem Regierung und  
Volk des Großherzogthums Baden vereinigt sind, seine dankende  
Anerkennung aus. Der Reichstag erkennt in diesem Bestreben  
den lebhaften Ausdruck nationaler Zusammengehörigkeit und  
nimmt mit freudiger Genugthuung den möglichst ungeäumten

Anschluss an den bestehenden Bund als Ziel dieses Strebens wahr." Diese Resolution soll heute Abend eingebracht werden, nachdem zuvor noch eine Verständigung über dieselbe mit anderen Fraktionen stattgefunden hat. Es ist hiermit der Umfang der morgen zu erwartenden Debatten bereits im Voraus gekennzeichnet. — Die Morgenblätter erwähnen bereits einer Petition, welche bei dem Reichstag gegen die Todesstrafe eingegangen und nennen als Verfasser den Professor v. Holstendorf. Wie wir hören, hat Berthold Auerbach einen Hauptantheil an dieser Petition, wie denn beide genannte Männer seit Jahren gegen die Todesstrafe ankämpfen. Es bereitet sich übrigens hier auch im Weiteren eine lebhaftere Agitation für Abschaffung der Todesstrafe vor, welche sich bei dem Reichstag Geltung zu verschaffen bestrebt ist. — Die Vordebatte über das Strafgesetzbuch gab bereits einen Vorgeschmack von den umfassenden Erörterungen, welche im Reichstage über diese Materie bevorstehen. Es erhellt daraus, daß die Hauptangriffe von Seiten der Partikularen ausgehen werden, während im Uebrigen eine Verständigung leichter erzielt werden mag, als es den Anschein hat. Die Rede des Abgeordneten Ewald gegen den Entwurf, weil er sich nicht an „babylonischem Thurmbau“ theilnehmen mag, versetzte nicht ohne Grund das Haus in die allerheiterste Stimmung; ein so schallendes Gelächter hat der Reichstag noch nicht gehört. Und doch hatte die Sache auch ihre tragische Seite. Denn man wird nicht ohne Betrübnis wahrnehmen, daß und in welchem Umfange ein Mann von dem Geiste und Talent des genannten Abgeordneten sich so weit verirren kann, daß man fast an das Zurückgreifen auf einen Seelenarzt denken muß. Miquel hat die Exaltation Ewalds auf den richtigen Standpunkt zurückgeführt und dabei eine seiner wirksamsten Reden gehalten, welche mit Recht einen wahrhaft enthusiastischen Beifall fand. Im Großen und Ganzen ist der Antrag Albrecht als ein befriedigendes Resultat anzusehen, da die Grundzüge dadurch im Plenum beraten werden, während die Detailfragen in der Kommission erledigt werden können und andererseits bei dieser Arbeitsteilung sehr wohl eine Erledigung der Vorlage in dieser Session selbst für den Fall möglich ist, daß der Bundesrath nicht allen Beschlüssen des Reichstages zustimmen, und dadurch eine erneute Berathung der Vorlage nöthig werden sollte. — Die Frage der Prämienanleihen wird allem Anscheine nach dem Reichstag in umfassender Weise beschäftigen. Die Fortschrittspartei bereitet nach dieser Richtung eine Interpellation dahin vor, ob und wann eine gesetzliche Regelung der Frage durch den Bund bevorstehe. Andererseits hört man von einem Antrage des Abg. Braun (Wiesbaden), welcher Prämienanleihen unter gewissen näher zu präzisierenden Normativbedingungen unter Aufhebung der staatlichen KonzeSSION zur Ausgabe verzinslicher Inhaberpapiere statuiren will. Es scheint aber diese Angelegenheit sich noch im Stadium der Vorbereitung zu befinden. Die Fortschrittspartei arbeitet jedenfalls auf ein Verbot der Prämienanleihen hin. — Die Freikonservativen haben für die Zwecke ihrer Parteiorganisation sofort die Summe von 5000 Thlr. aufgebracht; sie haben ferner ein Komitee eingesetzt, welches hier in Berlin thätig sein und für solche Abgeordnete der Partei bei den Wahlen wirken wird, welche sich bei dem Komitee melden. Kurz vor den Wahlen soll ein präzisirtes Parteiprogramm erscheinen. — Das bereits erwähnte Bundesgesetz über die Ausgabe von Banknoten verlangt im Wesentlichen den gesamten Verkehr mit Banknoten von dem Erlaß von Bundesgesetzen abhängig zu machen. Die kurzen Motive verweisen darauf, daß der Erlaß allgemeiner Bestimmungen über die Banknoten für das laufende Jahr nicht zu erwarten ist, da dieselbe im Zusammenhange mit der Münzfrage frühestens im Laufe des nächsten Jahres erledigt werden kann. Die Motive machen auf die großen Schwierigkeiten der bundesgesetzlichen Regelung des Bankwesens aufmerksam, welche theils aus den bestehenden langathmigen und unwillkürlich vererbten Privilegien, theils daraus entspringen, daß der Spekulationsgeist sich mehr als bisher der Gründung Notenausgebender Banken zuwendet. Daraus wird der Grund hergeleitet, schon jetzt Vorbehalte zu treffen, durch gesetzliche Vorkehrung die jetzt bestehenden Befugnisse zur Ausgabe von Banknoten auf ihren gegenwärtigen Bestand zu beschränken und zwar dadurch, daß der Erwerb dieser Befugnisse durch neu zu begründende und ihre Erweiterung für bestehende Banken von einem Bundesgesetze abhängig werde. Zugleich will der Entwurf der künftigen Bankgesetzgebung des Bundes die Wege dadurch ebnen, daß die Verlängerung bestehender Notenprivilegien bei ihrem statutenmäßigen Ablauf oder beim Eintritt ihrer Kündigung nur mit dem Vorbehalt der Kündigung unter einjähriger Frist erfolgt. Es wird ausdrücklich betont, daß das Gesetz immer durchaus interimistischer Charakter hat und der Bund es sich angelegen sein läßt, die Vorbereitung für eine definitive Ordnung des Bankwesens thunlichst zu beschleunigen. Die Motive geben sodann eine interessante Uebersicht über die bestehenden Befugnisse zur Ausgabe von Banknoten in den verschiedenen Bundesstaaten. Im ganzen Bundesgebiet ist die Notenmissionsbefugnis von 6 Banken unbeschränkt, von 23 Banken auf zusammen 58,709,000 Thlr. abgegrenzt. Die 29 Banken hatten im ersten Monat d. J. im Ganzen 212,508,400 Thlr. Noten im Umlauf, davon die preuß. Bank 142,222,000 Thlr., die übrigen Banken 70,286,000 Thlr.

Der „St.-Anz.“ enthält einen Zirkular-Erlaß vom 4. Februar 1870, betreffend die Vorschriften über das Verfahren bei Besetzung der Gemeinde- und Instituten-Vorstandsstellen.

Der König war (wie die „Prov.-Korr.“ berichtet) in den letzten Tagen in Folge einer leichten Erkältung etwas un-päßlich, konnte jedoch die täglichen Vorträge des Militär- und Zivilkabinetts und des Bundeskanzlers entgegennehmen und alle Regierungsgeschäfte in gewohnter Weise wahrnehmen.

Die „Prov.-Korr.“ empfiehlt zur Vereinfachung des parlamentarischen Geschäftsganges, daß die Bestimmung der Geschäftsordnung, nach welcher „Gesetzesvorschläge mit dem Ablaufe der Sitzungsperiode, in welcher sie eingebracht, aber nicht zur Beschlußnahme gediehen sind, für erledigt (d. h. befeitigt) zu erachten sind“, aufgehoben werde.

Aus Petersburg ist die Nachricht eingegangen, daß der Chef der chinesischen Gesandtschaft, Hr. Burlingame, dort heute früh gestorben sei.

Aus Wien meldet die „Spen. Z.“ gerüchweise, daß der jüngste Bruder des Kaisers von Oesterreich, Erzherzog

Ludwig Viktor, die älteste Tochter des Welfenkönigs heirathen werde.

Der Kultusminister hatte in Konsequenz der Otkroyung des Flügelschen Leibesuches für die einlässigen Volksschulen der Provinz Hannover im Anfang des vorigen Jahres die weitere Anordnung getroffen, daß in den mehrklassigen lutherischen Volksschulen zwischen 1) dem schleswig-holsteinischen vaterländischen, 2) dem ostbairischen, 3) dem lüneburger und 4) dem flügelschen Leibesuche die Wahl freigelassen und daß fortan kein neues Leibesuch in die betreffenden Schulen ohne die Genehmigung des Konfistoriums eingeführt werden solle. Diese Verfügung war durch die Konfistorien sämtlicher Superintendenten, Magistraten und geistlichen Ministerien zur Kenntniß gebracht. Der Magistrat zu Lüneburg glaubte bei dem in jener Stadt bestehenden, althergebrachten Rechtszustande zu der Annahme berechtigt zu sein, daß die obige Anordnung nur für die in den eingepfarrten Außenbürgern bestehenden, nicht aber auf die städtischen Volksschulen Anwendung leiden solle. Von dem Konfistorium zu Hannover wurde indessen diese demselben zu erkennen gegebene Auffassung reprobiert, so daß sich nunmehr der Magistrat veranlaßt sah, in einem ausführlichen Berichte die rechtliche Lage der Sache zu erörtern und gegen den Eingriff in die bestehenden Kompetenzverhältnisse mit Entschiedenheit zu protestiren. Von dem erstatteten Berichte hat das Konfistorium dem Kultusminister Mittheilung gemacht, welcher vor Kurzem entschieden hat, das er den erhobenen Protest nicht für begründet annehmen könne.

Die „Evangelische Allianz“ der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat in einem von William Dodge als Präsidenten und Srenaus Prime als Sekretär unterzeichneten Aufrufe die Einladung zu der in diesem Jahre zu Newyork abzuhaltenden Generalversammlung aller Zweige der Allianz ausgesprochen. Die Versammlung soll am 22. September beginnen und bis zum 3. Oktober dauern. Die „N. E. R. Z.“ berichtet, daß an den General-Superintendenten Dr. Hoffman, den Ober-Konfistorialrath Dr. Wichern, die Professoren Dr. Dörner und Dr. Tolud, den Missionsdirektor Dr. Fabrt und den Pastor Dr. Grundemann die Einladung und die Auforderung zur Bearbeitung eines bestimmten Themas ergangen ist, und daß Graf A. v. Bernstorff das Komitee des Deutschen Zweiges in Newyork zu vertreten gedenkt.

Nachdem mit der vorjährigen Rekruten-Einstellung der bis dahin durch das Jahr 1866 unterbrochen gewesen regelmäßige Ersatzturnus für die Armee wieder hergestellt worden, soll nach einer kriegsministeriellen Bestimmung bei der Garde-Infanterie, den Jägern, Pionieren und der reitenden Artillerie in diesem Jahre die Zahl der zur Disposition ihrer Truppentheile zu beurlaubenden Mannschaften auf das vorgeschriebene Maß wieder zurückgeführt werden.

Bel, 23. Febr. (Tel.) Nach eingegangener telegraphischer Nachricht ist Sr. M. Yacht „Grille“ am 21. d. Mts. in Gibraltar angekommen.

Bonn, 20. Februar. Schon manchemal ist es hier in den Arbeiterversammlungen zu härmlichen Ausbrüchen gekommen, einen solchen Skandal aber wie heute hatte man noch nicht erlebt. Die Sozialdemokraten, welche sich zum Eisenacher Programm bekennen, hatten eine Versammlung berufen, um die Forderungen ihrer Partei und die Schulfrage zu besprechen. Die Schweizerianer, an ihrer Spitze Wolf aus Hamburg und der Schneider Schender aus Frankfurt, hatten sich zwar zahlreich eingefunden, es aber nicht zur Majorität gebracht. Wie das indes so Eitel bei den Schweizerianern, erhoben sie Protest gegen die Präsidentenwahl, die auf die Hrn. C. Berg und Heinrich fiel. Eine zweite Abstimmung ergab dasselbe Resultat. Erneuerter Protest und Skandal, dem nur dadurch zeitweilig ein Ende gemacht werden konnte, daß der anwesende Polizeikommissar erklärte, daß die Hrn. Berg und Heinrich entschieden in der Majorität seien. Nachdem der erste Redner, ein Sozialdemokrat, gesprochen, erhebt Herr Schneider das Wort, um sich über die Verrätherlei der von Schweizer abgefallenen Arbeiter zu ergehen. Alle Proteste helfen nichts. Um dem Skandal ein Ende zu machen, wurde der Antrag gestellt, Hrn. Schneider das Wort zu entziehen. Hr. Schneider erklärt aber, er werde reden, so lange es ihm beliebt, und es konnte dem Höllenlärm, der sich darüber erhob, nur dadurch ein Ende gemacht werden, daß Schneider endlich von dem Polizeikommissar von der Tribüne heruntergeholt wurde, worauf die Versammlung dann einen ruhigen Verlauf nahm. (Diese wiederholt aktive Mitgliedschaft des Polizeikommissars ist freilich das Wunderlichste an der ganzen Sache.)

Braunschweig, 19. Febr. In einer Zuschrift an die „Augsb. Allg. Ztg.“ bittet Professor Michels um Berichtigung der auch in unser Blatt aufgenommenen Nachricht, als sei ihm jede schriftstellerische Thätigkeit über das Konzil durch den Bischof R. Krenem von Rom aus verboten worden, indem er angeht, daß der Inhalt des aus Rom an ihn ergangenen Schreibens, welches von ihm lediglich als Privatangelegenheit behandelt wurde, wesentlich ungenau in die Oeffentlichkeit gedrungen sei.

Dresden, 22. Febr. Die Sitzungen des Landtages sind heute geschlossen worden. Das Gesetz, betreffend die Erhöhung der Gehälter der Volksschullehrer wurde noch angenommen. Ueber die Frage der Steuerreform haben beide Kammern getrennte Gutachten abgegeben.

Karlsruhe, 23. Febr. (Tel.) Die zweite Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung das Armengesetz mit 41 gegen 14, das Berechtigungsgesetz mit 49 gegen 2 und das Aufenthaltsgesetz mit 42 gegen 6 Stimmen angenommen.

Stuttgart, 20. Febr. Das hier erscheinende „Deutsche Volksblatt“, Organ der württembergischen Katholiken, enthält nach längerer Pause wieder eine Korrespondenz aus Rom vom Bischof Hefele. Derselbe entschuldigt sich, warum er so selten schreibe. „Wir sind“, sagt er, „durch das Decretum pontificium zum Stillschweigen über alle interna verpflichtet. Dagegen muß es außerhalb des Kreises der Bischöfe Leute geben, die wohl auch Beziehungen zum Konzil haben, aber sich mit ihrem Gewissen etwas leichter auseinander setzen können.“ Daher die eingeweihten Zeitungsberichte. Von der Denkschrift gegen die Unfehlbarkeit versichert Hefele, sie hätte vor der Uebersetzung „durchaus nicht“ veröffentlicht werden sollen; er selbst, obgleich Unterzeichner, habe keine Abschrift davon erhalten können; zu unserem großen Bedruß erschien sie in den Zeitungen, und wir wissen auf den heutigen Tag nicht, wie das zugegangen ist.“ Den Versuch, einen deutschen Priester als Schuldigen an den Zeitungsberichten über interna des Konzils zu bezeichnen und als einen Schlag mehr gegen Kardinal Hohenlohe als gegen Dr. Friedrichs gerichtet, betrachtet Hefele als Verdachtsablenkung. „Ob von den jüngst entlassenen vier assignatores locorum einer oder der andere, oder alle des gebrochenen Stillschweigens schuldig oder nur verdächtig waren, konnte ich nicht ermitteln“; so viel könne er versichern, daß jene Beamten, deren es ziemlich viele seien, ein sehr leichtes Geschäft haben. Schließlich klagt Hefele über den „ungeheuer zeitraubenden“ Geschäftsgang. Ueber die projektirte neue Geschäftsordnung sagt er: „wir hoffen, daß sie die Freiheit der Rede nicht zu sehr beschränke.“

München, 21. Febr. Dem „Fr. Journ.“ zufolge ist die Ernennung des Grafen Laaße, vormaligen cisleithanischen Ministerpräsidenten, zum österreichischen Gesandten hierabst (als Nachfolger des Grafen Ingelheim) bereits vollzogen. — An den Grafen Bray in Wien wurde, wie der „N. R.“ meldet, die offizielle Anfrage gerichtet, ob er bereit wäre, das Portefeuille des Aeußern zu übernehmen. Bis seine Antwort angekommen und an allerhöchster Stelle darüber entschieden ist, tritt die Ministerkrise natürlich in kein neues Stadium.

Die „N. N. Z.“ veröffentlicht folgende Dankagung des Stiftsprofests v. Döllinger:

Bei der Menge der Zuschriften, welche ich seit dem 21. Jan. aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands erhalten habe, ist es mir unmöglich, allen den hochachtbaren Männern, welche einzeln oder kollektiv mir ihr Wohlwollen, ihr Vertrauen und ihre Zustimmung zu erkennen gegeben haben, in gebührender Weise dafür zu danken. Ich gedenke diesen Dank in einer eignen öffentlichen, an alle Freunde und Gesinnungsgenossen gerichteten Zuschrift auszusprechen und dabei zugleich unsere Stellung zum Konzil, die große Streitfrage, durch welche unsere Meinungsäußerungen hervorgerufen, und die Vorwürfe, welche uns bereits gemacht worden sind, näher zu beleuchten.

Oesterreich.

Wien, 20. Febr. Vorläufig bildet die galizische Resolution den Angelpunkt der politischen Lage. Die Polen verlangen für Galizien einen eigenen obersten Gerichtshof, einen Minister im Rathe der Krone, eine dem Landtage verantwortliche Landesregierung und ein Landesbudget, welches, mit einer den Bedürfnissen Galiziens entsprechenden Summe dotirt, aus dem Reichsbudget auszufcheiden sei. Aus dem Wirkungskreise des Reichsrathes geschieden und der Legislative des Landtages sollen überantwortet werden: die Gesetzgebung in Bezug auf Handelskammern, Kredit- und Bankwesen, die Grundsätze des Unterrichts in den Volksschulen und Gymnasien, die Gesetzgebung bezüglich der Universitäten, die Strafgesetze, Zivil- und Montan-gesetze, die Grundzüge der Organisation der richterlichen und politischen Behörden, die Vollzugsverordnungen in Betreff der Staatsgrundgesetze, ferner die Gemeindegesetzgebung, so wie jene, welche das Verhältnis Galiziens zu anderen Kronländern der Monarchie regelt. Vor Allem nimmt aber der Landtag das ausschließliche Recht der Bestimmung des Wahlmodus in den Reichsrath für sich in Anspruch, und natürlich sollen die galizischen Reichstagsabgeordneten nur an den Verhandlungen über jene Angelegenheiten Theil nehmen, welche der westlichen Reichshälfte und dem galizischen Kronlande gemeinsam sind. Die Sache steht dermalen so, daß, Dank der Zwangslage, in der sich Ministerium und Reichsrath den mit ihrem Austritte drohenden Polen gegenüber befinden, den Forderungen derselben entsprochen werden soll, wenn sie nur eine Garantie leisten — nicht etwa, daß sie in der Folge nicht wieder etwas begehren, denn dies hat der Abgeordnete Czernawski rund abgelehnt — sondern eine Garantie dafür, daß sie eine Zentralgewalt und ein Zentralparlament dadurch faktisch anerkennen, daß sie von der Forderung absehen, den Wahlmodus für ihre in den Reichsrath zu entsendenden Abgeordneten selbst zu bestimmen, d. h. daß sie in direkte Wahlen willigen. — Seit gestern Mittag ist der Seperstrike Thatsache. Heute merkt man den Blättern den Mangel an Arbeitskräften noch nicht an, weil man überall vorbereitet war. Von morgen ab jedoch wird die Interimsausgabe der zur Koalition gehörigen Journale die Leser auf schmale Kost setzen. Nur die „Wiener Zeitung“, die „Sonntags-Zeitung“, die „Wehr-Zeitung“ und die „Börse-Zeitung“ erscheinen unverkümmert fort.

Wien, 23. Febr. (Tel.) Der hiesige nordamerikanische Gesandte Jay gab gestern anlässlich der Geburtsfeier von Washington ein diplomatisches Banquet, an welchem der Reichs-Engländer Graf Beust, sowie die Chefs sämtlicher diplomatischer Missionen theilnahmen. Graf Beust hielt eine Rede, in welcher er unter Anspielung auf die gegen ihn erhobene Beschuldigung, als beabsichtige er, Aenderungen in der inneren Politik einzutreten zu lassen, sich gegen solche Vermuthungen verwahrte und die Versicherung abgab, daß er jedenfalls keine Aenderung in den bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und der nordamerikanischen Union wünsche. Der französische Botschafter, Herzog von Gramont, welcher ebenfalls das Wort ergriff, erwähnte der alten Freundschaft zwischen Frankreich und Amerika und betonte den deutlich gekennzeichneten Wunsch seines Souverains nach der unverfälschten Erhaltung dieser Freundschaft. Hr. Jay brachte auch einen Toast auf den König Wilhelm von Preußen aus, welchen der preussische Gesandte v. Schweinitz dankend erwiderte. — In Betreff der Gerüchte über den Besitzwechsel der „Neuen freien Presse“ ist zu bemerken, daß die bisherigen Eigentümer an der Spitze des Unternehmens bleiben, welches sie lediglich in eine Aktiengesellschaft umwandeln.

Prag, 19. Febr. Es bestätigt sich, daß die Czedenführer Nieger und Stadkowsky (nach einer andern Version Gregz) durch Vermittlung des Statthalters mündlich eingeladen worden sind, nach Wien zu kommen, um mit dem Minister Giska in Sachen eines Ausgleichs zu konferiren.

Wien, 23. Febr. (Tel.) Bethlens „Diplomatische Wochenschrift“ erklärt anlässlich einer für offiziell geltenden wiener Korrespondenz des „Pesti Naplo“, in welcher der Deak-Partei die Triasidee und die Errichtung eines Südbundes als den ungarischen Interessen entsprechend dargestellt wird, daß ganz Ungarn ohne Parteunterschied die obige Auffassung perhorreszire und im Gegentheil die Einigung Deutschlands unter preussischer Führung wünsche.

Belgien.

Brüssel, 20. Febr. Das Milizgesetz, über dessen Schicksal im Senat man nicht ganz beruhigt war, ist von demselben mit großer Majorität angenommen worden. Auch eine Anzahl Katholiken hat für dasselbe gestimmt, trotz der Bestimmungen, welche die Begünstigungen und Exemtionen des Klerus beschränken und gegen welche in der Deputirtenkammer die ganze Rechte energisch angelämpft und auch gestimmt hatte. Diese Abstimmung scheint auch dem Gesetz über die Verwaltung der Kirchengüter und Kultuskosten einen glatten Durchgang zu verhüten. Denn, wenn die Katholiken in der zweiten Kammer dasselbe annehmbar gefunden haben, so wird ja die rechte Seite des Senats, die sich noch soeben versöhnlischer und gemäßigter zeigt, als jene, sich noch weniger von den Deltamationen der Ultras im „Bien public“ und in der „Gazette de Liège“ beeinflussen lassen.

Frankreich.

Paris, 21. Febr. Eine bedeutende Anzahl von Einladungsarten zum letzten Stadthausballe ist von Theateragenturen zu hohen Preisen, 200 Fr. das Stück, verkauft worden. Es ist eine Unternehmung angeordnet.

Es scheint sich zu bestätigen, daß man bei dem verfassten Mechaniker Megy einen detaillirten Plan der Tuilerien und eine Einladungskarte zum letzten abgesetzten Schloßballe gefunden hat. Man ist begreiflicher Weise von diesem Funde sehr betroffen und läßt, gegen die Regel, zum nächsten Balle neue

Einladungen ausschreiben, während sonst die alten Gültigkeit zu behalten pflegten.

Dem Ausgange der Diskussion, welche heute im gesetzgebenden Körper begonnen hat, wird überall mit einer gewissen Spannung entgegen gesehen. Den Angriff gegen das Ministerium eröffnet Jules Favre. Derselbe begann folgendermaßen: Meine Herren! Indem wir die Berathung der Diskussion annehmen, wollen wir ein Beispiel unserer Mäßigkeit geben und die volle Freiheit unserer Sprache sicher stellen. Wir müssen wissen, wo wir sind und wohin wir gehen. Dienen die Minister der Nation oder der persönlichen Regierung? Dies ist die Frage, welche wir nicht beseitigen können. Sie haben der staatsökonomischen Frage lange Sitzungen gewidmet. Das Land wird Ihnen dafür dankbar sein. Als ich diese Diskussion anhörte, sagte ich mir, daß die materiellen Interessen eines Landes seiner Politik untergeordnet sind. Ich vermeide das, was auf die Personen Bezug hat, aber nicht, weil ich diese Frage für gleichgültig halte; im gegenwärtigen Augenblicke, muß man vermeiden, was zu persönlichen Recriminationen Anlaß geben könnte. Ich weiß nicht, ob ich Allen angenehm sein werde; aber ich werde versuchen, Niemandem zu verletzen. Ich muß auch noch eine Erklärung hinzufügen, die vielleicht Einige verletzen kann. Ich bin hier vollständig uninteressirt, und indem ich die gegenwärtige Verwaltung angreife, gebe ich keinem Ehrgeize Gehör. Die Gewalt ist vor Allem die Ausübung einer hohen Pflicht, und wenn ich diese Dinge sage, so thue ich es, weil es gut ist, an sie in dem Augenblicke zu erinnern, wo sich voruns eine neue Periode eröffnet. Wir haben also das Recht, aufzusuchen, welches der Grund der Existenz, welche die Pflichten der Regierung sind. Das neue Regime ist die Verurteilung des persönlichen Regimes. Man sagt, daß es das parlamentarische Regime ist. Dieses Regime bracht — ich verringere es nicht — das, was wir wollen, nicht hinreichend aus. — Jules Favre entwickelt nun weiter das, was die Linke will, kommt dann auf die „traurigen“ Szenen vom Monat Juni 1869, die letzten Unruhen, die Verhaftung Rocheforts und das angebliche Komplott, wobei er äußerst beredt und lebhaft wurde. Zugleich verlangt Jules Favre die Auflösung der Kammer, ein neues Gemeindegesez, ein neues Wahlgesez, und er giebt dann über die Majorität, welche die Majorität der Präfecten, der Maires, der Gendarmen nennt, die Meinungen ab, die Emile Dllivier in seinem Buche: „Le 19 Janvier“, über dieselbe zum Besten gegeben hat. Er klagt die Majorität an, die nämlich zu sein, welche aus den offiziellen Kandidaturen hervorgegangen, die mexicanische Expedition, die Verschwendung der Finanzen der Stadt u. dgl. vorirt habe. Jules Favre schließt dann, indem er sagte, daß, wenn das Ministerium gute Gesetze vorlegt, er es, ohne ihm jedoch sein Vertrauen zu gewähren, unterstützen werde. Er erinnert daran, daß viele Minister gefallen seien, welche nicht seine Unterstützung und die seiner Freunde gehabt hätten, und daß, wenn sie fortfahren wollten, die Minister der persönlichen Regierung zu sein, er sie auf unerbittliche Weise bekämpfen werde. Nach der Rede Jules Favres wurde die Sitzung während einer Viertelstunde vertagt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erhielt der Deputirte Binard, der ehemalige Minister des Innern, das Wort. Man schenkte seiner Rede aber nur wenig Aufmerksamkeit. Derselbe ließ sich weit und breit über die englische Aristokratie und die französische Demokratie aus. Es war keine eigentliche Rede, sondern mehr der Vortrag eines Professors dritten Ranges. Die Sitzung wurde alsdann auf morgen vertagt.

Man sagt, daß man vertraulich auf die Familie Salmon (Noir) einzuwirken gesucht habe, um zu veranlassen, daß sie in ihrer Zivilklage gegen Pierre Bonaparte auf Gambetta als Advokaten verzichte. Man möchte eben dem jungen Tribunen nicht die wohlfeile Gelegenheit bieten, sein Renommee durch eine Vertheidigungsrede à la Vaudin wieder aufzufrischen und die Waffen aufs Neue aufzulegen. Man soll der Familie ohnedies schon 100,000 Frs. Schadenersatz und Bußgeld angeboten haben.

Paris, 23. Febr. (Tel.) Aus Lyon wird telegraphisch gemeldet, daß gestern daselbst Don Carlos eingetroffen ist und mit dem aus Rom kommenden Herzog von Modena eine Besprechung gehabt hat. Don Carlos hatte einen österreichischen Paß. Die französischen Behörden eröffneten demselben, die Regierung wünsche, daß er in einer Stadt der Norddepartements seinen Aufenthalt nehme, wenn er es nicht vorzöge, sich in das Ausland zu begeben. Don Carlos wählte das Letztere und reiste des Abends nach Genf ab. — Die Gerichte, die spanische Regierung, beabsichtigte einen Staatsreich und Prollamirung des Herzogs von Montpensier zum Könige, erklärt „Gaulois“ nach Privatinformation für unwahr.

## Spanien.

Madrid. Die Besorgniß vor dem Ausbruch einer karlistischen Insurrection hat schon zu ernstern Vorsichtsmaßregeln Anlaß gegeben. In der Nacht vom 16. zum 17. waren die Truppen der Madriider Garnison in den Kasernen konsignirt. Man fürchtet namentlich einen Handstreich auf die Zitadelle von Pampelona; ein vom 16. datirter Tagesbefehl verpflichtet die Offiziere, in ihren Wohnungen zu bleiben; Tag und Nacht hat ein Offizier in der Stadt die Ronde zu machen; beim ersten Anzeichen einer Bewegung hat er sich zur nächsten Kaserne zu begeben, sich an die Spitze von 40 Mann zu stellen und die Offiziere aus ihren Wohnungen zu ihren Truppenkörpern zu geleiten. — Zu San Mdefonso de la Granja hat eine kleine karlistische Erhebung stattgefunden. In den Ortschaften Kataloniens, ausgenommen die größeren Städte, ziehen Tag und Nacht Banden durch die Straßen unter dem Rufe: „Es lebe Cabrera! Es lebe Carlos VII! Es lebe die Religion! Tod den Liberalen!“ Die Letzteren flüchten deshalb aus den Ortschaften, wo sie sich in der Minderheit befinden, nach Barcelona. In der Nähe von Igualada (Katalonien) verbreitet eine Bande von 40 Mann allgemeinen Schrecken; die Mitglieder derselben sind vollständig bekannt; sie gehen sonst friedlich ihren häuslichen Geschäften nach und stoßen nur zusammen, wenn es ein Haus zu plündern oder Reisende zu herauben gilt. Niemand wagt es, sie der Behörde anzugehen; die Stadt Igualada ist bereits von der Mehrzahl ihrer Bewohner verlassen worden. Auch in der Provinz Santander treibt eine Räuberbande ihr Wesen. — Wie es heißt, ist der karlistische Brigadier Polo und fünf seiner Genossen, die nach den Marianen-Inseln deportirt werden sollten, auf hohem Meere befreit worden. Ein Schiff unter englischer Flagge legte sich an die Seite des spanischen Schiffes, welches Polo an Bord hatte, und nahm diesen und seine Genossen auf. Polo hatte sein Wort gegeben, auf dem Wege von Madrid nach Radix keinen Fluchtversuch zu machen; er hat wohl geglaubt, daß er, einmal auf offenem Meere, an diese Zusage nicht mehr gebunden sei. Das karlistische Komite hat der Familie jenes Gendarmen-Korporals, welcher mit dem General Clio durchgegangen und deswegen zur Deportation nach den Marianen verurtheilt worden ist, 20,000 Reales ausgezahlt. — Die Blätter Balencias berichten über eine Gräueltat, die in Alcira verübt worden ist. Am 12. Februar, 3 Uhr Morgens, drang dort in ein Haus, welches ein gewisser Baluda mit seiner Familie bewohnte, eine Bande ein, indem sie durch das Dach ein Loch brach und so in das Haus einfiel. Baluda, seine Frau und 6 Kinder lagen im Schlafe. Die Kerle bemächtigten sich zuerst des Vaters und der Mutter, warfen sie zu Boden und steckten ihnen Fiebel

in den Mund, um sie am Hilferufen zu verhindern. Sie rissen dann die sechs Kinder aus ihren Betten, banden sie fest und verhinderten sie, irgend eine Bewegung zu machen. Dann — und dies ist kaum glaublich — warfen sie sich über ihre Dpfer her, rissen ihnen die Augen heraus, schnitten ihnen die Zunge ab und mißhandelten sie auf alle mögliche Weise. Dem Vater und dem ältesten Sohne hiebei sie noch die Füße ab und hingen sie dann an den Beinen auf. Alsdann frühstückten sie und verließen bei Tagesanbruch das Haus. Erst um 8 Uhr Morgens entdeckten die Nachbarn die schreckliche That. Die Zeichen, durch welche der Vater sich trotz seines Zustandes verständlich machen konnte, ermöglichten es, den Missethättern auf die Spur zu kommen. Zwei, von denen der eine ebenfalls Baluda heißt und ein naher Verwandter der Dpfer ist, wurden bereits festgenommen. Es scheint, daß Privatrage der Grund zu diesem schrecklichen Verbrechen war. Man weiß noch nicht, ob die Dpfer mit dem Leben davonkommen werden. Hoffentlich werden diese ersten Berichte an Uebertreibungen leiden.

## Italien.

Florenz, 21. Febr. Der König giebt heute Abend einen großen Hofball im Palaste Pitti, welchem der Kronprinz beiwohnen wird, beide werden darauf zusammen nach Neapel gehen. Man schreibt die Anwesenheit des Kronprinzen in Florenz der Besorgniß desselben zu, daß im Militärstat Erparnisse vorgeschlagen werden könnten, welche die Armee zu desorganisiren geeignet wären. Man spricht von einer sehr ersten Unterredung, welche der Kronprinz über diesen Punkt mit dem Ministerpräsidenten gehabt haben soll, und bringt damit das Gerücht von einem Entlassungsgesuch Lanzas in Verbindung. Jedenfalls läßt sich nicht bestreiten, daß die Reduktion der Armee in der Umgebung des Königs und der Prinzen, wie in der Generalität auf den lebhaftesten Widerstand stößt; man erklärt in diesen Kreisen die Monarchie für gefährdet und die konservativen Blätter werden nicht müde, dieses Thema zu behandeln. Andererseits ist die Erhaltung der Armee auf dem gegenwärtigen Fuße bei der gegenwärtigen Finanzlage gleichbedeutend mit der Weigerung, das Gleichgewicht im Budget herzustellen. „Lieber der Staatsbankerott als eine Reduktion der Armee“, das ist freilich auch ein Regierungsprogramm.

Rom, 21. Febr. Prof. Dr. Friedrich, der theologische Beirath des Cardinals Hohenlohe ist unter Anshuldigung von Korrespondenzen an die „Allg. Ztg.“ ausgewiesen worden. (Die Redaktion der „Allg. Ztg.“ bemerkt hierzu, daß Prof. Friedrich ihres Wissens nie eine Zeile für die „Allg.-Ztg.“ geschrieben.) Das Gerücht von der nahen Vertagung des Konzils bestätigt sich.

## Rußland und Polen.

Konin, 21. Febr. Die beiden letzten Wochen war man hier sehr thätig in Bezug auf Verpflegung der Armen, und da deren Zahl groß ist — sie hat gegen das Jahr 1862 um das Dreifache zugenommen — waren und sind die erforderlichen Summen nicht unbedeutend bei der herrschenden Kälte und der dadurch verursachten Noth. Die Unterstützungen und Verpflegungen werden von der Regierung angeordnet und geleitet; allein selbst giebt sie nichts dazu und die ganze, durch die Art und Weise der Verwaltung sehr vertheuerte Last liegt der Stadt auf, wobei die jüdische Bevölkerung besonders hart mitgenommen ist. Beschwerden helfen hierbei nichts, denn wenn eine Stadt die erforderlichen Mittel zu der kostspieligen Verwaltung nicht mehr aufbringen kann, wird sie zum Dorfe degradirt, und um dies zu vermeiden, werden die schwersten Dpfer gebracht. — Ein Dorf-Geistlicher aus der Umgegend wurde zu einer ansehnlichen Ordnungstrafe verurtheilt, weil ein Gensdarm denunziert hatte, daß in der Nacht eine Lampe in der Kirche gebrannt, und es sich herausgestellt, daß dies keine sogenannte ewige Lampe ist, die beständig brennend unterhalten wird, sondern eine vom Küfter nach dem Nachmittagsgottesdienst nicht ausgelöschte aus Versehen brennend gebliebene war.

## Türkei und Donaufürstenthümer.

Bukarest. Unter 19. Febr. wird von hier gemeldet: C. A. Rosetti, dessen in Braila erfolgte Wahl zum Deputirten von der Kammer für gültig anerkannt worden war, hatte vom Präsidenten die schriftliche Auforderung erhalten, seinen Platz einzunehmen und an den Verhandlungen Theil zu nehmen. Darauf hat er heute in einer für die Kammer höchst beleidigenden Zuschrift angezeigt, daß er die Wahl ablehne. Das Bureau wollte diese Zuschrift nicht verlesen wissen; auf Andringen J. Bratisano's gab aber die Versammlung ihre Zustimmung dazu. Auf die Verlesung folgten sehr stürmische Debatten und das Ende war, daß sieben Deputirte der Linken aus der Kammer austraten. — Im Dezember v. J. war an die Präfecten vom Minister des Innern (damals noch Coganitzcheano) die Weisung ergangen, die Gesetze gegen das Anwachsen der jüdischen Bevölkerung im Lande streng zu handhaben. In Folge dessen wurden die Gesetze, wie das bei halbwilligen Völkern zu geschehen pflegt, nicht bloß streng, sondern nahezu unumschlicht gehandhabt. Crémieux in Paris hat nun im Namen des „Zentralkomitees der allgemeinen israelitischen Allianz“ an die europäische Presse ein Schreiben gerichtet, welches den gebildeten Nationen, die in Rumänien neuerdings wieder gegen die Juden verübten Brutalitäten vor Augen führt. Im Bacauer Bezirk wurden bei strengstem Frost aus dem Dorfe Balcin sämmtliche dort wohnhafte Juden, 94 Familien von ca. 500 Personen unter Mithandlung und Pfländerung aus ihren Wohnungen herausgerzert und aufs freie Feld gejagt. Zwei Kinder blieben gleich todt auf der Straße liegen. Das Gemüth aber den Vollblut-Rumänen noch lange nicht. In der Kammer kam es am 28. bis 30. Dezember zu haarsträubenden Erörterungen. Der Deputirte Stabe forderte z. B., man solle den Juden alle und jede Handels- und Industriezweige verbieten, dann würden sie schon abziehen. Der Minister entschuldigte sich förmlich, nicht mehr gegen die Juden thun zu können, als er bereits gethan habe, worauf ein Deputirter schrie: „Schmeißt sie in die Donau und laßt sie erlaufen!“

## Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 23. Febr. Seitens des Abg. Grumbrecht und Gen. ist folgende Interpellation bei dem Präsidium des Reichstages eingereicht worden: „An den Herrn Bundeskanzler richtet der Unterzeichnete folgende Anfrage: 1) Hat der Bundesrath über das vom Reichstage vorgeschlagene Gesez, betreffend eine Aenderung des Art. 4 der Verfassung des Nordd. Bundes, Beschluß gefaßt, und, wenn dies geschehen, welchen? und falls ein Beschluß noch nicht gefaßt sein sollte, 2) welche Gründe haben die Beschlußfassung des Bundesraths bis dahin verhindert?“ — (Das vom Reichstage vorgeschlagene, in dieser Interpellation erwähnte Gesez bezog sich auf das Seeetonnungs-, Beleuchtungs- und Bankewesen, überhaupt auf alle, die Sicherheit des Hafnensens bezweckenden Einrichtungen, welche, wie so verschiedene andere derartige Institutionen, die im Art. 4 angeführt sind, der Beaufsichtigung des Bundes und der Gesetzgebung desselben unterstellt werden sollen.)

— Die Fraktion der Rationalliberalen des Reichstages, welche sich,

wie erwähnt, in den letzten Tagen konstituir hat, zählt gegenwärtig 74 Mitglieder. Die Konstituierung der anderen Fraktionen wird in den nächsten Tagen erfolgen; die der Fortschrittspartei voraussichtlich schon heute Abend.

— Bis heute Mittag waren auf dem Bureau des Reichstages genau 200 Abg. angemeldet. Es fehlen somit noch 96 Mitglieder des Hauses, ohne diejenigen, und ihre Zahl ist auch nicht gering, welche sich zwar auf dem Bureau angemeldet und ihre Legitimationskarte in Empfang genommen haben, nichtsdestoweniger aber wieder abgereist sind. Von den Sozialisten ist, mit Ausnahme von Schweizer und Hagenlever, Niemand angemeldet.

## Lokales und Provinziales.

Posen, 24. Februar.

Der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar wohnten 25 Mitglieder bei; ein Stadtverordneter hatte sein Ausbleiben zuvor angezeigt und waren außerdem abwesend die Herren R. W. M. Breslauer, Caspi, Dähle, Junge, Knorr, Wäge, C. Th. Meyer, S. Schulz. Der Magistrat war vertreten durch die Herren: Bürgermeister Kohleis und Stadtrathe Annuß, v. Chlebowski, Bedanowski, Herse, Dr. Samter, Stenzel. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende, Hr. Pilet die Mittheilung, daß die Baukommission sich konstituir und zu ihrem Vorsitzenden Hr. Bielefeld, zum Stellvertreter Hr. Federer gewählt habe. — Die beiden wichtigen ersten Gegenstände der Tagesordnung: Bau der Wallischbrücke, und Anlegung von feuergefähreren Treppen im Stadttheater, wurden vertagt, da sie noch nicht genügend vorbereitet waren.

Ueber den Neubau eines massiven Kanals hinter der Bernhardinerkirche referirte Hr. Bielefeld. Der Magistrat beantragt, für diesen Neubau in Länge von 90 Fuß 1500 Thlr. zu gewähren. Bei der Berathung in der vorigen Sitzung hatte sich die Baukommission für Gewährung dieser Summe ausgesprochen, während die Finanzkommission einen 60 Fuß langen Kanal für ausreichend erachtete. Doch ist dieselbe seitdem gleichfalls dem Magistratsantrage beigetreten, und bewilligte demnach die Verammlung die Summe von 1500 Thlr.

Ueber die Reparatur der Brücke auf der Columbia-Strasse referirte Hr. Anderst. Der Magistrat hatte diese Brücke mit einem Kostenaufwande von 417½ Thlr. im vergangenen Jahre repariren lassen. Der betr. Titel im Etat ist dadurch um 317 Thlr. übertheilt worden, und wurde demnach die Verammlung um Genehmigung dieser Mehrausgabe ersucht. Da die Bau- und Finanz-Kommission in dieser Angelegenheit mehrere Ausstellungen erhob, und besonders es nicht billigte, daß die Genehmigung zur Reparatur nicht rechtzeitig eingeholt sei, beschloß die Verammlung, die Angelegenheit nochmals dem Magistrat zur Rückäußerung zugehen zu lassen.

Ueber den Neubau eines Theils des Kanals durch die geistlichen Gärten (am Neuen Markte) berichtete Hr. Bielefeld. Die Kommune ist nach Mittheilung des Magistrats zu dem Neubau dieses Kanals, welcher 650 Thlr. kosten wird, verurtheilt worden und soll dieser Betrag aus dem Extraordinarium entnommen werden. Bau- und Finanzkommission ist damit einverstanden, ebenso die Verammlung. Auf Wunsch des Hrn. Wamroth sollen die Arbeiten an diesem Kanal im Submissionswege vergeben werden.

Ueber die Verpachtung der Wiese bei Goczyn referirte Hr. L. Jaffe. Nach einem früheren Beschlusse der Verammlung sollte die Wiese, welche 8 Morgen groß ist, nur auf ein Jahr, vom 1. April 1870—71, verpachtet werden. In dem anberaumten Termine hatte Hr. Waligorski 20 Thlr. Pacht geboten, und ertheilte die Verammlung demselben auch den Zuschlag. Doch wurde der Wunsch ausgesprochen, der Magistrat möge über die Weiterverpachtung vom 1. April 1881 ab der Verammlung bereits im September d. J. eine Vorlage zugehen lassen, und überdes das von jenem Grundstücke durch die Märkisch-Polener Bahn abgetrennte, einen Morgen große Stück möglichst bald zu verkaufen.

Ueber den Abbruch des in die Straße vorgebauten Komtoirhäuschens auf dem Grundstücke N. Gerberstr. Nr. 5 referirte Hr. Tschuschke. Die Angelegenheit hatte der Verammlung bereits früher vorzulegen, und wurde damals der Beschluß gefaßt, dieselbe der Rechtskommission zugehen zu lassen. Der Besitzer des Grundstücks, Hr. Meles, hat sich bereit erklärt, das 4 Quadratrußen große Stück seines Grundstücks, welches die Kommune beansprucht, an dieselbe abzutreten, aber erst nach 2 Jahren, wenn er dort ein größeres Gebäude aufzuführen würde; mit einer Eintragung der Verpflichtung zur Abtretung in das Hypothekenbuch ist derselbe jedoch nicht einverstanden. Die Verammlung beschloß, gemäß dem Antrage des Magistrats, daß es bei dieser Erklärung sein Bewenden haben solle.

Ueber die Pflasterung des bisher noch unbefestigten gebliebenen Theils des Sapiehaplages und die Aufstellung der Czarnikowschen Fontäne daselbst referirte Hr. Bielefeld. Nach dem Antrage des Magistrats sollen 2 Fußwege über diesen Theil des Plazes geführt, in der Mitte die von Hrn. Czarnikow geschenkte Fontäne aufgestellt, an den Ecken Baumpflanzungen angelegt, und die Straßen um den Platz neu gepflastert werden. Die Pflasterung würde 4000 Thlr., die Aufstellung der Fontäne 500 Thlr., die Baumanlage 400 Thlr. kosten. Die Bau- und Finanzkommission ist für Ablehnung des Magistrats-Antrages, hat dagegen den Wunsch ausgesprochen, die Fontäne möge in der Mitte des bisherigen Sapiehaplages aufgestellt werden, und solle der Magistrat ersucht werden, der Verammlung eine Vorlage über die Umplasterung dieses Plazes zugehen zu lassen. Nach längerer Debatte beschloß die Verammlung: der durch Zuschüttung des Teiches entstandene Theil des Sapiehaplages solle zunächst nur geebnet und mit Kies beschüttet werden; der Magistrat möge der Verammlung eine Vorlage über eine noch in diesem Jahre auszuführende Umplasterung des Sapiehaplages zugehen lassen und in diese Vorlage auch die Bürgergeseze an der Friedrchrstr. und die beiden Fußwege über den neuen Platz aufnehmen. Für die Aufstellung der Fontäne in der Mitte des älteren Theils des Sapiehaplages wurden 500 Thlr. bewilligt; abgelehnt wurde die Errichtung von Baumanlagen auf dem neuen Theil des Plazes.

Ueber Aenderungen der Anpflanzungen auf dem Wilhelm-Platz berichtete Hr. Bielefeld. Die gemischte Kommission hat im Einverständniß mit der Militärkommission zur Aufstellung des Denkmals für die Gefallenen des 5. Armeekorps eine Stelle am östlichen Ende des Wilhelm-Plazes für geeignet erachtet. Da jedoch der Verschönerungsverein die dadurch notwendig werdende Aenderung der Anpflanzungen nicht auf seine Kosten will ausführen lassen, so hat der Magistrat die Verammlung die um Gewährung der dazu erforderlichen 180 Thlr. ersucht. Die Bau- und Finanzkommission hält jedoch den Platz an der Westseite des Wilhelm-Plazes für besser geeignet zur Aufstellung des Denkmals und wünscht außerdem, daß dasselbe nach seiner Aufstellung in Besitz der Stadt übergehen solle. Nach längerer heftiger Debatte wurde der Antrag des Hrn. Kohleis angenommen. Die Angelegenheit möge der Bau- und Finanzkommission nochmals zugehen, damit dieselbe sich mit der betreffenden gemischten Kommission in Verbindung setze.

— Abschluß der städtischen Sparkasse pro 1869. Die Zahl der am Schlusse des Jahres 1869 im Laufe des Jahres eingeworbenen Sparkassen-Duittungsbücher der posener Sparkasse betrug 4950 Stück, zusammen über 324,513 Thlr. Hiervon besaßen: 1) Gewerke, Stiftungen, Kirchen, Schulen u. 1477 Bücher über 99,123 Thlr. 5 Sgr. 1 Pf. 2) Kinder 898 B. über 42,400 Thlr. 3) Wittwen 241 B. über 18,721 Thlr. 21 Sgr. 8 Pf. 4) Diensthöten (a. männliche) 363 B. über 31,734 Thlr. 25 Sgr. 5 Pf., b. weibliche 847 B. über 64,339 Thlr. 24 Sgr. 4 Pf.) 96,074 Thlr. 19 Sgr. 9 Pf. 5) Gewerbetreibende (a. Handelsleute 272 B. über 20,447 Thlr. 5 Sgr. 8 Pf., b. Handwerker 424 B. über 19,220 Thlr. 1 Sgr. 2 Pf.) 39,667 Thlr. 6 Sgr. 10 Pf. 6) Militärpersonen 299 B. über 16,824 Thlr. 19 Sgr. 6 Pf. 7) Beamte 94 B. über 8971 Thlr. 22 Sgr. 9 Pf. 8) Personen unbekanntem Standes 35 Bücher über 2729 Thlr. 24 Sgr. 5 Pf.

— Zu Hrn. v. Gölpen's Benefiz wird am Freitag Sounods „Margaretha (Kauf)" aufgeführt. Der geschätzte Künstler bedarf eigentlich unserer Empfehlung nicht, denn das Publikum hat oft genug bewiesen, wie sehr es ihn zu schätzen weiß und hat seinem Verlangen, ihn wieder auf den Brettern zu sehen, als er einige Wochen durch Krankheit am Auftreten gehindert war, sehr verständlichen Ausdruck gegeben. Wenn doch endlich wieder v. Gölpen aufträte — hieß es damals in allen Kreisen. Nun gilt es, ihm thatsächlich zu beweisen, wie weit dieses Interesse an ihm geht, und das Publikum wird es an diesem Beweise nicht fehlen lassen, denn das Benefiz ist ja recht eigentlich die Gelegenheit, zu zeigen, wie man von ihm und lediglich von ihm denkt. Manche Vorstellung hätte unterbleiben müßte

jen, wenn er in seiner Bieleitigkeit nicht überall in die Lücke gesprungen wäre, manche Oper ward erst durch seine Mitwirkung spielfähig. Glückauf denn! moderner Künstler.

Die Bauhätigkeit in unserer Stadt ist, nachdem die strenge Kälte der ersten Hälfte dieses Monats nachgelassen, wieder aufgenommen worden. So ist während dieses Winters der Krzyzanski Bau in der Siegenstraße bereits bis zum ersten Stockwerk vorgekommen und ebenso wird gegenwärtig auf dem Grundstück Biskupia Nr. 31, wo früher ein Stallgebäude stand, welches im vergangenen Sommer abbrannte, ein Wohngebäude aufgeführt. Seitdem im vergangenen Winter die k. Regierung den Weiterbau auf dem S. Labijschen Grundstück in der Kl. Gerberstr. gegenüber dem Verdoie seitens der städtischen Behörde gestattete, erhebt die letztere gegen die Bauhätigkeit im Winter keinen Widerspruch mehr. Bei außerordentlich strenger Kälte hört die Bauhätigkeit von selbst auf, und wer bei Temperatur n bis zu 6 Grad Kälte bauen will, ohne die dabei nöthigen Vorsichtsmaßregeln anzuwenden, wird es sich selbst zuschreiben haben, wenn sich schon im Frühlinge darauf die Folgen einer derartigen Bauart herausstellen.

Das Abonnement für freie Kur und Verpflegung der Dienftboten und Lehrlinge, welches jährlich 20 Sgr. kostet, findet noch immer nicht eine derartige Theilnahme, wie es im Interesse der Dienstherrschaffen und Lehrlinge selber wünschenswert wäre. Es lehrt dies aus dem folgenden Fall: Ein Mädchen, welches bei einem hiesigen Arzte diente, stand sich gegen Neujahr beim Waschen der Hauswäsche eine Nadel, welche sich in derselben befand, in den Finger, und mußte, da die Hand immer mehr anschwellte, in das städtische Krankenhaus geschafft werden. Von einer ärztlichen Behandlung im eigenen Hause hatte der Dienstherr Abstand genommen, da dem Mädchen zu Neujahr gekündigt worden war. Zwar erbot er sich, das Mädchen im Krankenhaus selbst zu behandeln und demselben aus seinem eigenen Hause das Essen hinzuschicken, doch konnte auf dieses Anerbieten seitens der Verwaltung des Krankenhauses selbstverständlich nicht eingegangen werden. Das Mädchen ist seitdem beinahe 2 Monate im Lazareth; das verletzte Glied des Fingers hat abgenommen werden müssen, und betragen die Kur- und Verpflegungskosten, welche der Dienstherr nach §. 86 der Gefindeordnung vom 8. November 1810 zu tragen verpflichtet ist, bereits beinahe 20 Thlr., während das Mädchen unentgeltlich behandelt und verpflegt worden wäre, wenn die Herrschaft für dasselbe den jährlichen Abonnementpreis von 20 Sgr. bezahlt hätte. Der dritte Paragraph der Gefindeordnung, welche noch jetzt volle Gültigkeit hat, setzt fest, falls ein Dienstherr sich durch den Dienst oder bei Gelegenheit desselben eine Krankheit zuzieht, die Herrschaft verpflichtet ist, für Kur und Verpflegung zu sorgen, und darf dafür dem Gesinde an seinem Lohne nichts abgezogen werden. Hat der Dienstherr jedoch Anverwandte in der Nähe, die sich desselben annehmen vermögen und nach dem Gesetze dazu verpflichtet sind, so müssen dieselben der Herrschaft die ausgelegten Kosten ersetzen.

Dem Vernehmen nach hat das Polizeidirektorium den Magistrat veranlaßt, schleunigst Veranstaltungen wegen Kanalisation der Rinneleine am Wilhelmplatz und in der Wilhelmstraße zu treffen. In Folge dessen hat der Magistrat eine außerordentliche Sitzung des Stadiverordneten-Kollegiums auf Mittwoch den 2. März beantragt.

Die ehemalige Bogdanmühle am Sapiehaplatz Nr. 7 kommt am 30. März d. J. im Wege der Expropriation zum öffentlichen Verkauf. Dieses Grundstück wurde sammt dem dazu gehörigen Sapiehatheide vor einigen Jahren seitens der Kommune Posen lediglich zu dem Zweck angekauft, um den Sapiehatheide zuzuschütten zu können. In der Mühle, welche sich in dem Vordergebäude befand, wurde hauptsächlich das Malz der Brauer gequetscht und führte daher dieselbe auch gewöhnlich den Namen „Malzmühle“. Der Flächeninhalt des Grundstücks beträgt 11 1/2 Quadratrudden, wovon 62 Quadratrudden bebaut sind. Abschätzungswert 39,720 Thlr., Ertrag etwa 2400 Thlr., Ertragseinerth 38,240 Thlr. Der Käufer hat ohne Anrechnung auf das Kaufgeld die auf dem zu veräußernden Grundstück bestehenden Lasten, insbesondere die Rente von 180 Thlr. und den Domänenzins von 52 1/2 Thlr. zu übernehmen. Eine Hypothek von 9850 Thlr., welche auf das Grundstück eingetragen ist, soll seitens der Kommune innerhalb eines Jahres erworben, alsdann bei prompter Binszahlung von Ablauf von fünf Jahren nicht gefündigt werden. Bei Abschluß des Kaufkontrats sind 8-10,000 Thlr. zu zahlen und wie vor Rest in der Weise kreditirt werden, daß eine jährliche Abschlagszahlung von 500 Thlr. zu leisten ist. Die Mietungskaution beträgt 2000 Thlr. Der Käufer hat auf das dem Mählengrundstück bisher zugekommene Nutzungsrecht der Bogdanka zu verzichten, muß die bisherige Mühle kassiren und sich die Regulierung des Durchflusses der Bogdanka durch sein Grundstück gefallen lassen. Die Uebergabe des Grundstücks erfolgt nach Genehmigung des Kaufkontrats durch die kgl. Regierung und die Stadiverordnetenversammlung.

Eine Resubhaftation. Das früher Schmidt'sche Grundstück in der Mühlenstraße (Nr. 16) war im Juli 1868 zur Subhaftation gekommen und vom Maler Hrn. Petersen für den Preis von 41,200 Thlr. erstanden worden. Derselbe hatte im Namen der Herren Tischlermeister Dittrich und Schloffermeister Friedel mitgegeben, um eine Forderung von 6000 Thlr., welche diese drei Bauhandwerker für geleistete Bauarbeiten zu beanspruchen hatten, zu sichern. Da sie nun aber nicht im Stande waren, von den rüchständigen Kaufgebern 28,326 Thlrn., welche gefündigt waren, zu zahlen, so kam das Grundstück Mittwoch, den 23. zur Resubhaftation. Merkwürdigerweise war der Nutzungswert dieses Grundstücks, welches gerichtlich auf 51,481 Thlr. abgeschätzt ist und einen faktischen Nutzungswert von 3800 Thlr. hat, in der gerichtlichen Bekanntmachung vom 17. Novbr. 1869 nur mit 250 Thlr. berechnet, indem das auf demselben errichtete Vordergebäude erst vom 1. Januar 1870 ab zur Gebäudesteuer herangezogen worden ist. So betrug denn die Mietungskaution nicht 9500 Thlr., wie es bei einem Nutzungswerte von 3800 Thlr. erforderlich war, sondern nur 625 Thlr. Nachdem für das Grundstück zuerst 31,000 Thlr. geboten waren und dies Gebot auf 37,500 Thlr. gestiegen war, erhöhte Hr. Tischlermeister Dittrich sein Gebot mit einem Male auf 47,500 Thlr. Als nun alle übrigen Interessenten vom Weiterbieten abstanden, erließen Hr. Schneidermeister W., erlegte die Mietungskaution, erkundigte sich nach dem letzten Gebote und erhöhte alsdann dasselbe um 21 Thlr., also auf 47,521 Thlr. Da derselbe aber nachher erklärte, es sei dies ein Irrthum von ihm gewesen, auch seine anwesenden Anverwandten und Bekannten ihn als nicht recht zurechnungsfähig bezeichneten, so wird diese Angelegenheit dem Richterkollegium zur Entscheidung unterbreitet werden.

Ein entlohrer Neuwermählter. Die „Egl. B.“ schreibt: In Czarnikow im Großherzogthum Posen fand vor ca. 14 Tagen die Trauung eines jüdischen Schneidergesellen mit seiner Braut durch den dortigen Rabbiner statt, nachdem zuvor der Bräutigam von seiner Schwiegermutter 1000 polnische Gulden als Mitgift erhalten hatte. Am Tage nach der Hochzeit reiste das neuvermählte Paar in Begleitung der Schwiegermutter nach Berlin ab, wo sich der junge Ehemann häuslich niederzulassen beabsichtigte und angeblich auch schon eine Wohnung gemietet hatte. In Berlin angekommen, war es jedoch dem jüdischen Satten unmöglich, noch am Abend im Dunkel seine Wohnung aufzufinden, und so beschloß er denn alle Drei, gemeinschaftlich, die erste Nacht in einem Gasthose zuzubringen. Am andern Morgen entfernte sich jedoch der Sattler unter heimlicher Mitnahme der empfangenen Mitgiftsumme, um, wie er vorgab, seine bereits gemietete Wohnung aufzufinden, in Wahrheit aber, um nicht mehr zurückzukehren. Mutter und Tochter wendeten sich nun in ihrer Verzweiflung an die Berliner Polizeibehörde, welche ihrerseits das Breslauer Polizeipräsidium von dem ganzen Vorfall in Kenntniß setzte, und diese Maßregel hatte den vortrefflichen Erfolg, denn schon Montag gelang es einem Breslauer Polizei-Kommissarius, den Ausreißer zu ermitteln und zu verhaften. Es fragt sich nun, bemerkt hierzu die „Bresl. B.“, ob der Verhaftete wegen seiner nichtswürdigen Handlungsweise wird bestraft werden können, da ein allein durch den Rabbiner vollzogener Trauungsakt staatsrechtlich keine Gültigkeit hat, wenn nicht vorher auf dem Stadtgerichte eine richterliche Zivilhe eingegangen wurde, welches letztere Verfahren im vorliegenden Falle nicht stattgefunden hat. Die so schöne Hintergangene Frau, die sich im guten Glauben befand, daß die vom Rabbiner vollzogene Trauungsfestlichkeit fürs ganze Leben bindend sein müsse, ist doppelt zu beklagen, da sie nun sowohl um ihren Mann, als auch um die sauer erworbene Mitgiftsumme betrogen worden ist.

Sichtlich des Kaufverkehrs im Grenzollbezirke haben die Minister für Handel, der Finanzen und des Innern folgenden Befehl ertheilt. Nach Anleitung der Bestimmung im §. 8 des Regulativs vom 28. April 1824 muß die Bezeichnung derjenigen Gegenstände, mit welchen der Gewerbebetrieb im Umherziehen beabsichtigt wird, in dem Legitimationscheine,

beziehungsweise dem selbstständigen Gewerbescheine möglichst allgemein angegeben werden. Wo eine nähere Spezialisirung dieser Gegenstände erforderlich ist, kann die bezügliche Eintragung auf den anzuhaltenden Blättern gesehen. Dagegen bedarf es weder der Aufnahme des Verzeichnisses der zu den Krautwaren zu rechnenden Waaren, noch der Hinweisung auf die Bestimmungen über den Kaufverkehr in dem Grenzollbezirke. In letzterer Beziehung behält es bei den bestehenden Beschränkungen sein Bestehen. Es kann daher innerhalb des Grenzollbezirks ein Gewerbe im Umherziehen nur dann betrieben werden, wenn die Erlaubniß dazu in dem Legitimationscheine, beziehungsweise in dem selbstständigen Gewerbescheine, ausdrücklich ausgesprochen ist.

Die erste juristische Prüfung kann fortan bei dem ostpreussischen Tribunal zu Königsberg, dem Kammergericht in Berlin, den Appellationsgerichten in Greifswald, Breslau, Raumburg, Kiel, Celle, Kassel und Köln abgelegt werden, bei welchen Gerichtshöfen besondere Prüfungskommissionen eingesetzt sind. Die Meldung zu dieser Prüfung ist an den ersten Präsidenten zu richten, und es besteht dieselbe, wie bekannt, aus einer schriftlichen und einer mündlichen. Der Rechtskandidat kann wählen, ob die schriftliche Aufgabe, die er in 6 Wochen zu liefern hat, dem gemeinen Civilrecht, dem deutschen Privatrecht, dem Handels-, Kirchen-, Civilprozeß- oder Strafrecht angehören soll, und hat, wenn er eine solche Wahl trifft, dies in dem Meldungsgesuche zu erwähnen.

a Birnbaum, 23. Febr. Der „Verein gegen Hausbettelei“ hat sich gestern konstituirte. Es sind demselben mit geringen Abweichungen resp. Zusätzen die posener Statuten zu Grunde gelegt. In den Vorstand sind gewählt die Herren: Brauereibesitzer Adam als Vorsitzender, Brauereibesitzer Hirsjelen als Kassirer, Seifensieder Kaufmann, Dr. Hartwich und die Kaufleute E. Levy und J. Söldin als Beisitzer. Vorher hatte das Gründungskomitee zur Theilnahme aufgefordert, und es sind vorläufig ca. 100 Familien beigetreten, deren freiwillig offerirte Beiträge 45 Thlr. pro Monat betragen. Die Mitgliederzahl dürfte sich indes sehr bald erheblich vermehren, weil Viele erst die Konstituierung des Vereins haben abwarten wollen. Eine nicht geringe Zahl der jetzigen Mitglieder hat sich auch bereit erklärt, gern das Doppelte ihrer Beiträge zahlen zu wollen, wenn erst die Möglichkeit herbeigeführt ist, daß sie überhaupt von Hausbettelern verlohrt bleiben.

C. Kempen, 20. Febr. Noch kein Hirsrichter. [Geselliges.] Von der Beizung der Hirsrichterstelle am hiesigen Kreisgerichte verlautet: bis jetzt noch nichts. Das Bedürfnis ist jedenfalls vorhanden, da die Thätigkeit der Kreisrichter auch ohne die Vertretung hinreichend in Anspruch genommen ist. Im Interesse des Publikums aber liegt es wohl auch, daß es einen ständigen Bagatellkommissarius habe, mit dem es zu verfahren gewohnt ist, und daß nicht, wie es bei der jetzigen Vertretung geschieht, jedesmal ein anderer Richter fungirt und zwar meistens ein anderer, als der den Termin angelegt hat. Die Nichtbesetzung der hiesigen Hirsrichterstelle ist um so auffallender, als es doch unbedeutende Affessoren im Staate in genügender Anzahl giebt. Sollte auch keiner von polnischer Herkunft in unserer Provinz vorhanden sein, da ja von dem jetzigen Minister gerade die Polen in unserer Provinz angestellt werden, so könnte doch in Kempen um so mehr ein Deutscher auch aus einer anderen Provinz angestellt werden, als die Einwohner der Stadt selbst so gut wie gar nicht polnisch sind und der Kreis wenigstens eben so viel Deutsche als Polen zählt. — Was das gesellige Leben während des Winters betrifft, so ist eigentlich wenig zu sagen. Es sind einzelne kleine Kreise, die in sich abgeschlossen sich amüsiren, ohne viel in die Öffentlichkeit zu treten. Es ist etwa Folgendes zu registriren: Der philomatische Verein hat kürzlich sein Stiftungsfest gefeiert. Der jüdische Geselligkeitsverein hält so ziemlich regelmäßig seine Zusammenkünfte, in denen auch dramatische Aufführungen stattfinden. Die namenlose Resource bei Siliowski hat ohne Vorstand und ohne Statuten fünf gesellige Abende abgehalten und feiert heute als am letzten projektierten Abend ein Vollfest. Außerdem spricht man von einem nächsten stattfindenden Polenball.

# Kreis Meseritz. 21. Febr. [Schwurgericht. Abzweigung.] Die diesmaligen Schwurgerichtssitzungen für die Kreise Meseritz, Birnbaum, Bohnst und But, welche heute in Meseritz begonnen haben, werden bis zum 26. d. M. dauern. Während derselben werden 12 Anklagen zur Verhandlung kommen, darunter 4 wegen wissentlichen Meineides und 2 wegen Theilnahme an demselben. Wegen der einen dieser Anklagen sind die Angeklagten bereits in der letzten Schwurgerichtssitzung für schuldig erkannt und verurtheilt worden. Das Obertribunal hat jedoch die von den Angeklagten eingereichte Nichtigkeitsbeschwerde für begründet erachtet und die Anklage zur nochmaligen Verhandlung an das hiesige Schwurgericht verwiesen. Wie ich höre soll auch dieses Mal eine in der juristischen Welt bekannte Autorität aus Posen die Vertbeidigung der Angeklagten übernommen haben. Dann kommen u. A. noch zur Verhandlung Anklagen wegen thätlicher Widersplichkeit gegen einen Forstschutzbeamten, verbunden mit Gewalt an dessen Person und körperlicher Beschädigung desselben, und wegen wissentlichen Gebrauchs einer falschen Urkunde und wegen Theilnahme an einer Urkundenfälschung, und wegen Urkundenfälschung. — Die bisher zu dem Polizeidistrikte Meseritz gehörende Dirschaff Jagowitz und das gleichbenannte Dominium nebst dessen Vorwerken sind von dem genannten Distrikte abgezweigt und dem Polizeidistrikte Altenhof zugelegt worden.

Woschin, 21. Febr. In meinem Referate vom 16. Febr. über den hiesigen Vorshußverein befindet sich ein sinnentstellender Druckfehler. Es muß statt: „Auserdem mußte der hiesige Verein in Betracht ziehen, daß in unsern Gauhänderien ein ziemlicher Viehhandel betrieben wird, welcher nicht von wohlhabenden Bauern u. s. w.“ — der letzte Passus heißen: „welcher meist von wohlhabenden Bauern u. s. w.“ — Auserdem muß ich noch berichtigen ergänzen, daß die dividendenberechtigten Monatsseinslagen schon seit längerer Zeit auf 30 Thaler fixirt worden sind.

Wieschen, 19. Februar. [Städtisches Dienstjubiläum. Ehrenbürger und Ehrenmitglied. Opfer der Kälte.] Zur Ausführung von Bauten zu militärischen Zwecken hat die Stadt ein Darlehen von 10,000 Thlr. aufgenommen und von demselben im vergangenen Jahre bereits 5000 Thlr. gehoben, während die andere Hälfte im Laufe d. J. zur Empfangnahme vom dem Darlehensgeber gezahlt werden soll. Da von diesem Kapital dem Entrepreneur der für städtische Rechnung ausgeführten Baugleiten nur 3400 Thlr. auf Abschlag gezahlt wurden, so war es möglich, daß die hiesige Kammereasse ult. Debr. vergangenen Jahres mit einem Ueberfluß abschließen konnte. Allgemein ist daher auch die Ansicht verbreitet, daß sich die Ueberfreitung des diesjährigen Etats seitens des Bürgermeisters Hrn. Hauginger durch Ausschreibung von ca. 1800 Thalern nicht rechtfertigen läßt und wird dem Eingange der Entscheidung der kgl. Regierung zu Posen auf die von der Stadiverordneten-Versammlung deshalb eingereichten Beschwerde mit großer Spannung entgegenzusehen. — Vorgestern beging Hr. Kanzleirath Pfundheller sein 50jähriges Dienstjubiläum. Vormittags wurde der Jubilar seitens des Richterkollegiums durch Hrn. Kreisgerichtsdirektor Schirach und Hrn. Kreisgerichtsrath Söllner in seiner Wohnung beglückwünscht und durch Ueberreichung des ihm allerhöchst verliehenen Rothen Adlerordens 4 Kl. in angemessener Weise überreicht; Namens der Subalternbeamten des hiesigen Kreisgerichts überreichte Hr. Kreisgerichtsdirektor Pfundheller dem Jubilar ein silbernes, innen vergoldetes Pokal im Werte von 24 Thlr. Ein Diner vereinigte später sämtliche Angestellte des hiesigen kgl. Kreisgerichts mit dem Jubilar im Gasthose „zum Adler“. Der Magistrat hat in Uebereinstimmung mit der Stadiverordnetenversammlung Hrn. Justizrath Müdenburg und Hrn. Kanzleirath Pfundheller das Ehrenbürgerrecht verliehen; ersterer bekleidete früher viele Jahre städtische Ehrenämter. — Der hiesige polnische Gewerbeverein hat Hrn. Bürgermeister Hauginger zu seinem Ehrenmitgliede ernannt. — Trostend die Kälte heretis vorige Woche Höhepunkt erreichte, hat sie doch nachträglich noch ein Menschenleben als Opfer gefordert. Vergangenen Montag ging ein junger Zagarbeiter von dem hiesigen Wochenmarkte in Gemeinschaft mit einigen Gefährten nach Hause, wurde aber in der Nähe von Czernia von einer so großen Wirtigkeit ergriffen, daß er sich am Eingange des Dorfes niederlegen mußte, während seine Begleiter bis in den nahen Krug weitergingen, sich daselbst durch den Genuß geistiger Getränke stärkten und ihren Reisegefährten ruhig seinem trostlosen Schicksal überließen. Nach Verlaufe einer Stunde kehrten sie zwar zu ihm zurück, fanden ihn aber bereits so erstarrt, daß er bald darauf in der Krugstube seinen Geist aufgab. Gestern wurde seine Leiche in Czernia beerdigt; die Verunglückte hinterläßt eine Wittwe mit einem noch unerzogenen Kinde. Wie glaubhaft erzählt wird, soll auch an mehreren Orten Vieh der Kälte als Opfer gefallen sein; so erfroren z. B. dem Lehrer in Puryssce zwei Färsen in seinem Viehstall.

\*\* Wreschen, 22. Febr. [Auf der Höhe der Saison.] Die Gegenläge berühren sich überall in der Welt, — warum sollten sie es

nicht auch in Wreschen, dieser kleinsten Perle des Orens thun! Dieselbe grüme Zeit, welche das Thermometer nur die Noth von Stufe zu Stufe fallen und steigen ließ, war wie gewöhnlich die Zeit der großen Abendgesellschaften. Für die Armen wurde extra gesammelt und Holz gekauft, unter der Hand sogar erwooen, ob man nicht nächstes Jahr eine Volkstüche einrichten wolle — und in den höhern Kreisen verfiel man, daß bei A. und J. noch nie so schön gegessen und getrunken worden sei wie in diesem Jahre. Es gehört zu den Vortheilen einer kleinen Stadt, daß wichtige Dinge dort nie lange verschwiegen bleiben. Die guten Soupers wurden am andern Morgen gelobt und Nachmittags wurde schon verrathen, wie theuer sie waren. Dreißig, vierzig aber unter Umständen auch sechzig und achtzig Thaler kostet so ein Repräsentationsdiner in Wreschen. Nun freilich, wer wird das Vergnügen so nach Thalern berechnen wollen, — was sind 30, 40 oder 100 Thaler einem glücklichen Abend gegenüber, der bei hellem Kerzenlicht einer üppig besetzten Tafel und „unter Freunden“ des Lebens trauriges Einerlei, seine zwanzig Grad Kälte und die Unbequemlichkeit die sie Manchem verursacht, vergessen läßt! Warum laßt Euch Euer Vater nicht auch Handhühe! — Es soll alle Dinge eine Zeit gewesen sein, wo man sich billiger bewirthete und die Freundschaft nicht nach dem Kostenpreise der Gesellschaften tagierte. Die Mißorgnügten von heute behaupten sogar, man habe sich damals wohler gefühlt und der Verkehr sei herzlicher gewesen als heute. — Aber wir mögen das kaum glauben. Kann etwas herzlicher, gemüthlicher sein als unsere Thee's mit Abendbrod? Siebt es ein besseres Erziehungsmittel für unsere Töchter, die „in Gesellschaft kommen“ — für unsere junge Männerwelt, die das süße Heim eines geordneten Hauswesens schätzen lernen soll? — Und wie wohlthätig werden diese geselligen Mähle nicht auch für's Allgemeine. Die Volkstüche, die nächstes Jahr in Wreschen entstehen wird, dieses Projekt ist in einer heitern Gesellschaft aufgetaucht und die Mittel dafür sollen dadurch aufgebracht werden, daß sich alle Gastgeber nächstes Jahr verpflichten, je eine Torte und je einen Vaten weniger als sonst aufzustellen. Die Ersparniß kommt der Volkstüche zu gute. Diese Nachricht hat in den untern Ständen unserer Bevölkerung nicht verfehlt, freudige Ueberausung zu verbreiten. Essen wir also ruhig weiter, meine Herrschaften! Der Luxus ist einer der wichtigsten wirtschaftlichen Faktoren und der Kampf dagegen bezeugt ein mangelndes Verständnis der höhern Oekonomie. Die großen Abendbrode haben, und zumal in Wreschen, ihre volle Berechtigung. Der kulinarische Wettseher der Wirtthe und die steigende Konsumtionsfähigkeit der Gäste erzeugen einen wirtschaftlichen Kreislauf, bei dem alle Theile ihre Rechnung finden und von dem wir des Gedankens Blässe alle Zeit fern halten wollen. Denn das Denken stört die Verdauung!

### Vereine und Vorträge.

Die Generalversammlung des hiesigen Krankenkassenvereins fand Montag, den 21. d. M., Abends 7 Uhr, im Blätschenden Lokale auf der Kl. Gerberstraße Nr. 4 statt. Dieselbe wurde durch den Vorsitzenden des Vereins, Hrn. Lehrer Gräter, eröffnet. Nach dem Jahresberichte hatte der Verein 1868 75 Mitglieder; es traten demselben im Laufe des Jahres 1869 neu bei 24 Mitglieder, während 19 durch den Tod oder wegen Nichtzahlung der Beiträge ausstiegen, so daß demnach ein Bestand von 80 Mitgliedern blieb. Derselbe ist noch durch 11 neue Mitglieder, welche nach dem Schlusse der diesmaligen Generalversammlung beitraten, vermehrt worden. Die Kassenverwaltung des Vereins lieferte folgende Resultate: Einnahme 246 Thlr. und zwar Bestand pro 1868 92 Thlr., Zinsen der Sparkasse 2 1/2 Thlr., Beiträge pro 1869 151 1/2 Thlr., Ausgaben 94 Thlr. und zwar für Arznei 34 Thlr., für ärztliches Honorar 30 Thlr., Votenlohn 18 Thlr., an Unterstützungen 9 Thlr. u. s., so daß demnach ein Bestand von 151 1/2 Thlr. geblieben ist. Nachdem die Versammlung dem Rentanten des Vereins, Hrn. Buchhändler Hoffmann, Decharge ertheilt hatte, wurde zur Berathung der Statutenänderungen geschritten. § 4 erhielt folgende Fassung: „Verlangt der Vereinsarzt oder mit dessen Zustimmung die Angehörigen, die Berathung (consilium) eines 2. hiesigen Arztes, so zucht diesem der Verein das ihm nach der Taxe zustehende Honorar.“ § 5 lautet jetzt: „Die Anzeige von dem Erkranken eines Mitgliedes erfolgt bei einem Vorstandsmitgliede und bei dem Vereinsarzte, der die Anweisung für die Apotheke resp. an Heilgehilfen und Krankenwärter ertheilt. Ist der Vereinsarzt nicht zu treffen, oder aber ist Gefahr im Verzuge, so ist ein anderer Arzt bis zur Ankunft des Vereinsarztes auf Kosten des Vereins zu rufen.“ § 11 wurde wie nachstehend angenommen: „Die Höhe der monatlichen Beiträge, welche pränumerando gezahlt werden, ist vorläufig auf 5 Sgr. für die männlichen und auf 7 1/2 Sgr. für die weiblichen Personen festgesetzt. Die Aufnahmegebühren betragen für die männlichen und weiblichen Personen 10 Sgr.“ § 12 lautet nun: „Sollte sich der Verein auflösen, so hat die Generalversammlung über das etwa vorhandene Vereinsvermögen zu beschließen.“ § 14 erhielt folgenden Zusatz: „Scheidet ein Mitglied des Vorstandes in einer außerordentlichen Weise aus, dann wird bis zur nächsten Vorstandswahl dasjenige Mitglied, welches die nächst meisten Stimmen in der letzten General-Versammlung hatte, als Ersatzmann einberufen.“ § 16 wurde dahin abgeändert: „Die Vorseher und die drei Ersatzmänner sind verpflichtet, Krankenbesuche zu machen.“ § 18 wurde in folgender Fassung angenommen: „Alljährlich und zwar im Laufe des ersten Quartals findet eine Generalversammlung zur Vorlegung und Dechargirung der Rechnung und zur Neuwahl des Vorstandes statt. Die Einladung zur Generalversammlung erfolgt durch Kurrende und einmalige Insertion in den beiden hiesigen deutschen Zeitungen und im Ztenntil mindestens zwei Tage vorher.“ § 19 lautet im Abschnitt 4: „Eine Generalversammlung muß vom Vorstande berufen werden, sobald ein Antrag zu einer solchen von 10 Mitgliedern unterstützt wird.“ Es wurde darauf zur Wahl des Vorstandes geschritten und wurden in derselben gewählt die Herren: Gräter (Vorsitzender), Martin (Stellvertreter), Hoffmann (Rentant), Apolant (Sekretär), Krause, Czarnikow, Blegner, Zahle, Büttner, und zu Ersatzmännern die Herren: Hamann, Hilde und Rauch; zum Vereinsarzte Hr. Dr. Lehmann.

### Aus dem Gerichtssaal.

Berlin, 22. Februar. Gestern begann vor dem Schwurgericht die Verhandlung gegen den Direktor der Feuerversicherungs-Gesellschaft „Patria“, Robert Wilhelm Scheibler, 47 Jahre alt, und den Sub-Direktor derselben Gesellschaft, Bernhard Hellmuth Theodor Röster, 38 Jahre alt, wegen Urkundenfälschung, resp. Theilnahme daran. Der Thatbestand der Anklage, wie er sich aus dem Inquisitionen der Angeklagten ergibt, ist folgender: Scheibler, ein gelernter Buchhändler, trat vor 16 Jahren zur Feuer-Versicherungsranghe über, war zuerst bei der Wachen-Männener Gesellschaft, dann bei der „Kolonia“ thätig, gründete 1859 hier die Deutsche Versicherungs-Gesellschaft, 1863, als er sich mit dem Verwaltungsrath dieser Gesellschaft entzweit hatte, die Feuer-Versicherungsgesellschaft „Adler“, legte aber auch das Theilrecht der letzteren Gesellschaft wegen eines Bermüßnisses mit dem Verwaltungsrath bald wieder nieder und gründete nun im Jahre 1865 die Feuer-Versicherungsgesellschaft „Patria“ hier selbst und zwar nach ganz eigenen Geschäftsprinzipien. Das Aktienkapital war laut Statut auf 3 Millionen Thaler normirt, von denen voreerst jedoch nur zwei Drittel in 2000 Stück Aktien, à 1000 Thlr., begeben werden sollten mit der Maßgabe, daß 20 pCt. auf dieselben baar eingezahlt, die übrigen 80 pCt. durch Solowechsel gedeckt werden mußten. Scheibler engagirte nun den Kaufmann Jacob sen. als Ober-Inspektor, und dieser engagirte wiederum in allen Theilen Deutschlands eine Anzahl sog. General-Agenten, welche sich verpflichten mußten, selber mindestens fünf Aktien der „Patria“ zu erwerben und in ihrem Geschäftsbezirke mindestens 20, gewöhnlich aber 50-100 Aktien unterzubringen, wofür ihnen ganz horrible Provisionen versprochen wurden. Auf diese Weise waren 60 Bezeichnungen von Aktien im Gesammtbetrage von 220,000 Thlr. erlangt, in den seltensten Fällen aber die statutenmäßigen 20 pCt. eingezahlt und trotzdem stellte Scheibler am 21. Juni 1867 beim Polizeipräsidium das Gesuch, bei den kgl. Ministerien die Erlaubniß zum Betriebesöffnung der „Patria“ beschwören zu wollen, da das statutenmäßige Grundkapital emittirt sei. Am 21. September genehmigte der Minister in statuarischer Form an, daß die für die Gründung des Geschäftsbetriebes notwendige eine Million Thaler des Grundkapitals eingezahlt sei. Die in der vorausgegangenen Verhandlung vorgebrachten Thatsachen, betreffend des Kassenbestandes, sollen, wie die Anklage auf Grund mehrerer Denunziationen behauptet, falsch gewesen sein, namentlich sollen dabei 145,000 Thlr. baar fungirt haben, die nur zum Zweck der Vorsezung bei dem No-

(Fortsetzung in der Beilage.)

tar, Justizrath Weber, von der Schlichter'schen Gewerbetreibenden von Köster geliehen waren. Nach der Anlage sollen überhaupt nur 55,000 Thlr. statt der geforderten 200,000 Thlr. baar eingezahlt gewesen sein. — Die Angeklagten bestritten ihre Schuld und stellen die Anlage als einen Raubact der Generalagenten Kandel und Jacob sen., sowie des mit der Buchführung betrauten Jacob jun. hin; letzterer habe seine Pflichten vernachlässigt, sei darauf entlassen worden, und nun mit einer Denunziation gegen Scheibler vorgegangen. Scheibler versucht in längerer Ausführung seine Manipulationen der Beschaffung des dem Notar vorgelegten Baarfonds von 175,000 Thlr. als lauffähig durchwegs gerechtfertigt darzustellen und demüthigt dabei auf die Vernehmung des augenblicklich in Frankfurt a. M. domicilirenden Jacob jun., welchem Gesuche der Gerichtshof nachgibt. Das Inquisitorium bot sonst keine bemerkenswerthen Momente. Mit der Verlesung mehrerer auf die Gründung der „Patria“ und auf die Art des Vermögensnachweises bezüglichen Schriftstücke schloß der erste Verhandlungstag. Das zahlreiche Auditorium bestand fast ausschließlich aus Versicherungsbeamten. Der Proceß fand heute einen unerwartet schnellen, vorläufigen Abschluß durch Vertagung der Verhandlung auf unbestimmte Zeit, da der Hauptbelastungszeuge, Justizrath Weber, plötzlich an einem Schlaganfall so erheblich erkrankte, daß seine Vernehmung nicht möglich ist. In der vorangegangenen Zeugenvernehmung war besonders die Aussage des Buchrevisors Adolphi von Bedeutung, daß von einer geordneten Buchführung bei der „Patria“ überhaupt nicht die Rede war, da keines der vorhandenen 4 Kassabücher mit dem andern übereinstimmte und den Unterschied zwischen der Einzahlung in Baar und in Wechseln ganz im Dunkeln ließe. Seiner Meinung nach sind höchstens 145,000 Thlr. in Wechseln eingezahlt. Dies würde der Notar gewiß nicht als Baarbestand erachtet haben, wenn nicht die Wechsel vor Aufnahme der notariellen Verhandlung diskontirt worden wären. Der Zeuge ist der Ansicht, daß die Verweigerung der Begriffe von Baar und Accept bei Versicherungsgesellschaften ganz und gäbe sei, und daß die Prüfung der Aufsichtsbehörde bezüglich der Einzahlung auf die Aktien zu einer reinen Form herabgesunken ist. Zeuge Kaufm. Jakob sen., der mit Scheibler seit 12 Jahren in Geschäftsverbindung steht und aus der Gründung der „Patria“ noch 2000 Thaler Provision von dem Direktor zu fordern hat, aber wegen angeblicher Untreue seines Postens als Oberinspektor entkleidet wurde, will gar nicht gewußt haben, daß die Einzahlung auf die Aktien in Baar erfolgen müsse; allen General-Agenten sei von Gaule aus die Zusicherung gegeben, daß sie wegen der von ihnen gegebenen Wechsel nie in Verlegenheit gerathen würden. (1) — Die Erklärung des Rechtsanwalts Holtzoff, des Verteidigers Scheiblers, er wolle Namens seines Klienten alle von dem erkrankten Weber zu behebenden Thatsachen als richtig zugeben, wies der Gerichtshof als unstatthaft zurück, ebenso den Antrag, Scheibler vorläufig aus der Haft zu entlassen.

**Duisburg, 19. Febr.** Heute wurde die Verhandlung gegen die der Mißhandlung Inhaftirter beschuldigten Polizeidiener Koch und Genossen zu Ende geführt. Die Verhandlung hatte so wesentlich belastende Momente ergeben, daß es der Verteidigung nur gelang, von einem Theil der Beschuldigten die Strafe abzuwenden. Drei Polizeidiener wurden zu je 3 und 4 Monaten Gefängniß verurtheilt, zwei andere und die Ehefrau Koch wurden freigesprochen. Die verurtheilten Polizei-Offizianten sollen Berufung einzulegen beabsichtigen.

**Wissenschaft, Kunst und Literatur.**

\* Je mehr das Volk Antheil erhält an der Gesetzgebung und Verwaltung, desto lebhafter wird auch das Verlangen, sich über die hier einschlagenden Fragen leicht zu unterrichten. Bereits giebt es treffliche Werke, welche diesem Bedürfnisse entsprechen, so das in dritter Auflage vorliegende „Notiz-Büchlein“, „Staats-Lexikon“ und das „Blumfeldt-Braterische „Staats-Wörterbuch“. Allein sowohl der Preis wie die Ausführlichkeit und Gründlichkeit dieser Werke begrenzen ihre Verbreitung auf einen ziemlich engen Kreis, außerhalb welchem eine große Anzahl von Männern steht, welche Belehrung über Staats- und Gemeinwesen, Politik, Volkswirtschaft und Kirche suchen. Diesem Bedürfnisse wollen zwei Lexika abhelfen, die jetzt in Lieferungen erscheinen. Das eine führt den Titel „Deutsches Volks-Lexikon“ und wird in Verbindung mit manchen anderen, politischen Volksbüchern von Ludwig Parisius, dem bekannten Mitgliede des preussischen Abgeordnetenhauses, herausgegeben, welcher sich bereits als Herausgeber des politisch-volkswirtschaftlichen Wochenblatts „Der Volksfreund“ und als Mitredakteur von Schulze-Delitzsch's „Blätter für Genossenschaftswesen“ als gediegener Volkswirtschaftslehrer bewährt hat. Von dem Lexikon, welches in Berlin bei Dito Gottschalk erscheint, liegt uns zunächst nur die erste Lieferung, die Worte bis Advokat enthaltend, vor, doch läßt sich schon aus dieser Probe erkennen, daß wir auf ein treffliches Handbuch hoffen dürfen.

Von dem anderen Werke „Politisches Handbuch, Staats-Lexikon für das deutsche Volk“ betitelt, sind bereits sieben Lieferungen erschienen. Eine Empfehlung liegt schon in dem Namen der Verlagsbuchhandlung: F. A. Brockhaus in Leipzig, die ihren Ruf für Herausgabe legalistischer Werke bereits mehrfach und für Herausgabe staatswissenschaftlicher Werke besonders durch die neue Auflage des Königlich-staatlichen Lexikons bezeugt hat. In der That ist die Ausstattung des Staats-Lexikons ebenso trefflich, wie der Inhalt gediegen. Wir erhalten darin über alle Zweige des öffentlichen Lebens genügenden Aufschluß und zugleich durch das fast jedem Artikel beigegebene Verzeichniß der einschlägigen Literatur die Mittel, uns über die betreffende Frage gründlich zu unterrichten. Daß überdem beide Lexika die liberalen Ideen vertreten, das von Parisius freilich in mehr prononcirter Form als das des Verlegers der „Deutsch. Allg. Ztg.“, wird unserer Lesern wohl selbstverständlich sein.

**Staats- und Volkswirtschaft.**

**Berlin, 22. Februar.** Heute hat das Landes-Oekonomie-Collegium seine Beratungen begonnen. Dieselben werden sich, außer den Anträgen, welche im Laufe der Session zur Debatte gestellt werden sollten, auf 10 Gegenstände beziehen, von denen vier Vorlagen des Ministers der landwirtschaftlichen Angelegenheiten und sechs Propositionen von Mitgliedern betreffen. Die erste Vorlage des Ministers bezieht sich auf die Herstellung einer wirksamen Kontrolle des Handels mit künstlichem Dünger und ist hervorgerufen durch von mehreren Seiten geäußerte Bedenken, ob sich die bisher von den landwirtschaftlichen Vereinen und Versuchsanstalten geleiteten Kontrollen des Handels mit künstlichem Dünger bewährt haben; die zweite auf die Frage wegen der den landwirtschaftlichen Lehr-Anstalten beizulegenden Berechtigung zur Ausstellung von Qualifikationszeugnissen zum einjährigen freiwilligen Militärdienste ist dadurch veranlaßt worden, daß in neuerer Zeit von mehreren Seiten Anträge an den Minister ergangen sind, für diejenigen jungen Leute, welche landwirtschaftliche Lehr-Anstalten besuchen, eine Erleichterung der zum einjährigen Freiwilligendienst berechtigenden Bedingungen zu vermitteln. Es sind hierbei zwei Fragen gestellt, ob die wissenschaftliche Qualifikation der betreffenden jungen Leute erreicht werde, wenn an Stelle des vorgeschriebenen Jahreskurses in Prima, resp. in Sekunda der erfolgreiche Besuch eines landwirtschaftlichen Lehrinstituts durch Beibringung befriedigender Zeugnisse nachgewiesen wird — und ob, falls zur Darlegung der wissenschaftlichen Qualifikation eine Prüfung des Aspiranten vorzunehmen ist, an Stelle der fremden Sprachen und zum Theil der Mathematik eine Prüfung in den landwirtschaftlichen Wissenschaften treten könne. Die dritte Vorlage bezieht sich auf die Unterstützung des Flachsbauens und der Seidenindustrie und ist ergangen, weil aus verschiedenen Provinzen Preußens an den Minister Anträge gerichtet sind, dem Flachsbau und der Seidenindustrie vom landwirtschaftlichen Gesichtspunkte aus Unterstützungen zuwenden; die vierte auf die Gesetzgebung über die Gewährleistung beim Viehhandel. Diese ist erst in den allerletzten Tagen erlassen und kann zur Zeit über dieselbe nichts Näheres mitgeteilt werden. (Aus der Provinz Posen gehören zu Mitgliedern des Collegiums die Rittergutsbesitzer Lehmann u. zu Nitsche bei Alt-Böden, v. Sängner auf Grabowo bei Miasztwo und v. Tempelhoff auf Dombrowka.)

**Berlin, 22. Februar.** Am Montag fand im großen Ballsaale des Hotel de Rome der erste Kongreß deutscher Pferdezüchter statt, welcher sehr zahlreich besucht war. Derselbe wurde um 10 1/2 Uhr von dem Fürsten von Hohenlohe, Herzog von Ujest mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Der Ausschuß des Unionsklubs habe sich für berufen gehalten, die Versammlung einzuberufen, da der Unionsklub sich die Aufgabe gestellt, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für die Hebung und Fortentwicklung deutscher Pferdezüchtung zu wirken. Die deutsche und speziell die preussische Pferdezüchtung habe in dem letzten Jahrzehnt keine Fortschritte ge-

macht, sei vielmehr eher im Rückgriffe begriffen und das habe dem Unionsklub Veranlassung gegeben, einen Kongreß der Pferdezüchter einzuberufen. Die Versammlung beschloß, auf Antrag der Herren André und Graf Renard die k. Staatsregierung nach: 1) bei Aufstellung des nächstjährigen Etats darauf Bedacht zu nehmen, daß er für Prämienmiltung von Reanfertigen ausgelegte Be von 63,500 Thaler auf mindestens 100,000 Thaler erhöht werde 2) dahin zu wirken, daß der Verkauf von Fählingen aus dem desgehüt zu Grabs künftig unterbleibe. Ferner schlägt die Kommission, die Hebung der Landes-Pferdezüchtung von Seiten der Interessenten d a) Begründung eines Vereins zur Hebung der Landes-Pferdezüchtung in gesammten Deutschland. b) Begründung von Zuchtvereinen für den Geb von Mutterkühen wie für die gemeinsame Aufzucht der Fohlen. c) Bildung von Pferdehändlern und Kräften bei öffentlichem Verkauf mittels Asteigebot oder Lotterie. d) Einrichtung von Reit- und Fählwägen an geeigneten Punkten im ganzen Lande. e) Verbreitung nützlicher Kenntnisse im Betriebe der Pferdezüchtung durch Druckschriften und Vorträge. — Die Versammlung schloß sich diesen Vorschlägen ohne weitere Debatte an und trat dann zum Schluß zur Wahl des Ausschusses über. Es werden folgen 9 Herren gewählt: Graf zu Münster-Derneburg, Fürst v. Pleß, v. J.-Lauerersford, Hofstallmeister v. Rauch, Graf Renard, General v. Sch v. Simpson-Georgenburg, v. Niedemeyer-Schönrade und Bismmermann-Podlau. Damit waren die Verhandlungen des Kongresses beendet. Es 4 Uhr Nachmittags.

**\*\* Im telegraphischen Berke steht, nach Mittheilung der D. A. Z.,** abermals eine bedeutende Erhöhung der Zölle bevor. Spätestens vom 1. Juli v. J. ab foms im Verkehre zwischen dem Norddeutschen Bunde einerseits und den Staaten Bayern, Württemberg, Baden, Oesterreich-Ungarn und den Niederlanden andererseits bei der Gebührenerhebung statt der bisherigen drei Zon zu 8, 16 und 24 Sgr. nur deren zwei zu 8 und 16 Sgr. zur Verechnung. Die erste Zone zum Gebührensatz von 8 Sgr. wird demgemäß entsprechend ausgedehnt und alle nach Stationen außerhalb dieser Zone geraden Derselben unterliegen einer Gebührenerhebung im Betrage von 16 S., so daß spätestens von dem vorgedachten Termine ab für alle Derselbe, welche seitler 24 Sgr. kosten, nur 16 Sgr. zu erlegen sind. Es unliegt keinem Zweifel, daß infolge dieser Aenderung auch für den Verkehre Norddeutschen Bunde die dritte Zone mit dem Gebührensatz von 16 Sgr. in Wegfall kommt und auch für den internen Verkehre nur zwei Zonen mit den Gebührensätzen von 5 Sgr. und 10 Sgr. zur Anwendung genen.

**\*\* Im nordd. landwirthschaftlichen Kongresse ist nachstehender von Hrn. v. Dieß gestellter Antrag, Die unterzeichneten Mitglieder des III. Kongresses norddeutscher Landwirthe erkennen den bereits zahlreich von allen Parteien des Preussisch Abgeordnetenhauses unterstützten Grundsatz: „Die Forderungen der Stübiger, welche vor dem verlaufenen Gläubiger eingetragenen sind, werden durch die Subhastation nicht fallig.“ — nach ihren Erfahrungen als richtig n, weil sie der Ansicht sind, daß durch die praktische Durchführung desselben 1) der Werth des Grundstücks gewoben, 2) die Stabilität des Kapital gefördert, 3) das Arrangement zwischen Gläubiger und Schuldner, als auf gegenseitiger Basis beruhend, beschleunigt werden würde.“ — in wenigen Stunden mit mehreren hundert Unterzeichneten bedekt und demnach seitens des Präsidiums des Kongresses dem Justizminister Dr. Leonhardt unter warmer Befürwortung übersandt worden.**

**Danzig, 22. Februar.** Der Bau der neuen Eisenbahn zwischen Dirschau und Schneidemühl, welche in der Hauptsache Hr. Stargardt, Zölzow, Mittel, König, Blatow und Krjanke herührt und die Verbindung zwischen Dirschau nach Schneidemühl in Schienenwege um ungefähr 4 1/2 Meile abkürzt, schreitet rüstig vorwärts. Schon sehen wir die Strecken von Schneidemühl nach Blatow und von Dirschau nach Hr. Stargardt bis auf die Herstellung der Bahnhöfe vollendet, während auf der ganzen etwa 7 Meilen langen Strecke zwischen Blatow und König die Erdarbeiten in Angriff genommen werden. Die bedeutenden Arbeiten, welche neuerdings auf dem Bahnhöfe in Dirschau ausgeführt sind, beweisen, daß die Einführung der neuen Bahnhöfe auf diesem Bahnhöfe nicht unbedeutende Schwierigkeiten bereitet hat. Die neue Bahnhöfe geht über die bisherigen hinaus und nimmt dann die Richtung nach Hr. Stargardt, indem sie namentlich die großen Spengansker Güter durchschneidet. Auch in der Nähe von Hr. Stargardt waren nicht unbedeutliche Erdarbeiten zu bewältigen. Auf der weiteren Tour nach König hin bleiben drei bedeutendere Brücken über Schwarzwasser, Hefe und Brage herzustellen. Die nicht weniger bedeutende Brücke für diese Bahnhöfe bei Schneidemühl über die Riddow ist vollendet und schon seit längerer Zeit mit Arbeitszügen besahren. Wie die „D. B.“ hört, ist die Betriebseröffnung der beiden Strecken von Dirschau nach Hr. Stargardt und von Schneidemühl nach Blatow schon am 1. Oktober 1870 in Aussicht genommen. Um dieselbe Zeit wird auch schon König die erste Maschine mit einem Arbeitszuge von Blatow her erwarten können. Für unseren Verkehre mit unserer Nachbarstadt Hr. Stargardt ist die Eröffnung der neuen Bahnhöfe von großer Bedeutung.

**\*\* Braunschweigische Bahnen.** Das „Braunschweiger Tageblatt“ schreibt: „Dem Vernehmen nach ist zwischen der Rheinländer Bank einerseits und der Potsdam-Magdeburger und der Bergisch-Märkischen Eisenbahngesellschaft andererseits ein Vertrag dahin abgeschlossen, daß die drei Gesellschaften bei der Emission der Aktien im Betrage von 12 Mill. Thalern zu gleichen Theilen, jede zu 4 Mill. Thlr., theilhaftig sind. Da die beiden Eisenbahngesellschaften keine Geldinstitute sind, so hat die Darmstädter Bank gegen eine von den Gesellschaften zu zahlende Provision die Anschaffung der zur Zahlung an die herzogliche Landesregierung erforderlichen Summen allein übernommen. Einem Gerüchte zufolge sollen für den Fall der Genehmigung des Kaufs bereits die Mitglieder des fünftägigen Direktoriums der Gesellschaft bestimmt sein. Danach würde ein Mitglied der herzoglichen Eisenbahndirektion zum Regierungskommissar ernannt werden; drei andere Mitglieder derselben aber in das Direktorium der Gesellschaft übergehen, in welches auch noch ein hiesiger, vielbeschäftigter Rechtsanwalt und ein von der Gesellschaft noch zu ernennendes auswärtiges Mitglied eintreten wird.“

**\*\* Zur Gotthardbahn.** Nach der „Köln. Ztg.“ gehört das Haus Rothschild zu den entschiedensten Gegnern der St. Gotthardbahn, da es ein finanzielles Interesse daran habe, daß entweder gar keine oder nur eine Alpenbahn über den Splügen zu Stande komme. Das Motiv hierzu liege in der von Rothschild bei Uebernahme der oberitalienischen Bahnen übernommenen Verpflichtung von 10 Mill. Frks. Bessener für eine etwaige Alpenbahn. Zudem sei Rothschild bei den fast ganz unergiebigem Bahnen der Dörschweiz stark theilhaftig, deren finanzielle Lage sich nur durch eine Alpenbahn über den Splügen bessern würde. Würde er für die letztere auch jenen Subventionsbeitrag zahlen müssen, so würde doch in diesem Falle die Ausgabe dafür durch die Vertheilung seines Aktienbesitzes sich ausgleichen. — Im Uebrigen bestätigt die „Köln. Ztg.“ die Mittheilung, daß mehrere namhafte Eisenbahnen und Güterwerke Rheinlands und Westphalens bereit sind dem Beispiele der italienischen Bahnen zu folgen und entsprechend der Aufforderung des Bundeskanzlers einen Beitrag zu dem auf Deutschland berechneten Antheil von 20 Mill. Frks. Subvention für die Gotthardbahn zu leisten.

**\*\* Die rumänische Regierung** hat dem Dr. Stronberg die Konzession zum Bau des Karl-Oafen im Schwarzen Meer sammt einer von diesem Hafen nach Galatz führende Eisenbahn, dann zum Bau einer Eisenbahn von Abjud über Ofen an die siebenbürgische Grenze, zum Anschluß an die ungarisch-siebenbürgischen Bahnen bei Kronstadt verliehen.

**B e r i c h t e s.**

\* **Prediger Steffann** hat am Sonntag vor acht Tagen in Raben bei Wittenberg seine Prophezie gehalten und soll den Bauern sehr gefallen haben. Die Herren Gemeindevorstände wollen ihn, wie der „V. Z.“ geschrieben wird, einstimmig wählen, weil der „neue Pastor“ doch ein gar so leutseliger und „gemüthlicher“ Mann sei.

\* **Holtei.** Nach der „Berliner Mont.-Ztg.“ beabsichtigt die Regierung auf Vorschlag des früheren Oberpräsidenten, v. Schleinitz, dem Hrn. v. Holtei in Betrach seiner streng konservativen Gesinnung (wie die „Breitlauer Morg.-Ztg.“ beifügt) eine Pension zu verleihen.

\* **Glogau, 20. Februar.** Die an der granuloßen Augenentzündung Erkrankten aus der ländlichen Bevölkerung, welche im hiesigen städtischen Hospital untergebracht waren, sind sammtlich als geheilt bereits entlassen. Heute geht der „Schles. Ztg.“ die Mittheilung zu, daß bei den Schülern des hiesigen evangel. Gymnasiums sich Spuren der Krankheit gezeigt haben. Bei 13 Schülern der Septima und bei zwei Schülern der Prima soll dieselbe von einem Arzte konstattirt worden sein.

\* **Bonn, 20. Februar.** Gestern starb hier selbst der Geh. Regierungs-rath a. D. Heinrich Ferdinand Philipp v. Sybel, geb. 5. Januar 1781 zu Soest, Sohn des früher in Soest fungirenden Pastors Heinrich Sybel. Der Verstorbene, welcher in den Adelsstand erhoben wurde, war der Vater des Professors Heinrich v. Sybel, des Reichstags- und Landtags-Abgeordneten Alexander v. Sybel und der Gemahlin des preussischen Gesandten zu Brüssel, Hrn. v. Balan. (E. S.)

\* **Mainz, 21. Febr.** Bei einem gestern abgehaltenen Pistolenduelle zwischen zwei Offizieren erhielt der eine Schuß ins Bein, so daß eine Amputation nöthig werden soll. — Sonnabend Vormittags gegen 10 und Sonntag Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr wurden hier Erdstöße wahrgenommen.

\* **Autographen-Fälschung.** Wie sich unsere Leser noch erinnern werden, hat der bekannte pariser Akademiker, Dr. Charles, anlässlich des 200. Jahrestages der Gründung der französischen Akademie der Wissenschaften, mehrere seltene Autographen derselben zum Geschenke gemacht. Der Inhalt dieser Schriftstücke wurde auch anderen gelehrten Gesellschaften mitgetheilt, und der Ruhm, selbe sofort als apokryph und als Fälschungen erklärt zu haben, gebührt italienischen Gelehrten, welche auffallende Anachronismen nachwiesen. Nichtsdestoweniger hielt Dr. Charles die Echtheit der von ihm um hohe Summen angekauften Autographen aufrecht und wurde dabei sogar von der französischen Akademie auf das energischste unterstützt, welche in einem eigenen über diese Angelegenheit erstatteten offiziellen Berichte für die unbestreitbare Authentizität der gedachten Autographen eintrat. Durch Zufall aber kam endlich Licht in diese Sache und wurde als Urheber aller dieser Fälschungen ein gewisser Lukas Brin, ein 52 Jahre alter Mann, eruit und wegen Betruges verhaftet. Die Verhandlung vor dem pariser Zuchtpolizeigerichte findet in diesen Tagen statt. Dem Gerichte liegt der Katalog aller dieser gefälschten Schriftstücke vor; geht man denselben durch, so kann man nur darüber staunen, nicht nur, daß ein Gelehrter, sondern eine gesammte gelehrte Korporation, wie die Akademie der Wissenschaften in Paris, nur einen Augenblick über die Echtheit dieser angeblichen Autographen in Zweifel sein konnte. Der Katalog steigt bis in das allergrausame Alterthum hinauf, denn er verzeichnet Originalabrisse von Archimedes an Hieron, von Pythagoras an Aeschylus, an die Sappho und an Phercydes, von der Phädra an Augustus, von der Kleopatra an Cäsar, vom heiligen Lazarus an den Apostel Paulus, von der heiligen Magdalena an Lazarus, von Pontius Pilatus an den Kaiser Tiberius u. c., alle diese Briefe wimmeln von Unwahrscheinlichkeiten und handgreiflicher Konfusion der Zeitrechnungen. Beispielsweise lassen wir einige dieser Autographen hier folgen; ein von Verცin getoriz ausgestellter Reisepaß (1) lautet: „Ich ordne die Rückkehr des jungen Trojus Pompejus zu seinem Herrn, dem Kaiser Julius Cäsar, an und befehle, daß auf Vorweisung dieses Schreibens derselbe ungehindert passieren zu lassen und erforderlichenfalls nach Thunlichkeit zu unterstützen ist. Am 10. vor den Kalendas des Mai. Verცingetoriz.“

Cleopatra schreibt an Julius Cäsar folgenden Brief: „Mein Vielgeliebter! Unser Sohn Cäsarion befindet sich wohl. Ich hoffe, daß er bald kräftig genug sein wird, um die Reise von hier nach Marseille antreten zu können, wo ich ihn der gesunden Luft wegen erziehen lassen will. Ich bitte Dich also um Auskunst, wie lange Du noch in der dortigen Gegend verweilen werdest; denn ich selbst werde unseren Sohn hinbegleiten. Im Jahre Rom 709. Cleopatra.“

Der Brief des heiligen Lazarus an den Apostel Paulus lautet: „Du machst mir bekannt, daß mein guter Freund Petrus in den Schriften Cäsars und Cicero's gefunden haben will, daß ein Haupttheil der Religion der Deviden in Menschenopfern bestand. Dies ist wahr, sie sagten den Sinn der Gottverehrung falsch auf und glaubten Gott gefällig zu sein, wenn sie ihm Menschen schlachteten; diesen blutigen und unmenslichen Gebrauch befehlten sie bis in die Zeiten Cicero's bei. Die Infamie dieses grausamen Gebrauchs fiel auf alle Gallier zurück, bis diesen Schändlichkeiten die Waffen und die Eroberungen der Römer ein Ende machten. Amen. Den 10. August 47. Lazarus.“ (Daß schon der heilige Lazarus nach christlicher Zeitrechnung datirt, ist sehr schön.)

\* **London, 19. Februar.** Vor dem Ehescheidungsgerichtshofe wird gegenwärtig ein Ehescheidungsproceß verhandelt, der in den höchsten gesellschaftlichen Kreisen spielt. Lady Mordaunt nämlich, die Gemahlin des früheren Unterhausmitgliedes Sir Charles Mordaunt, ist des dreifachen Ehebruchs angeklagt und zwar mit dem Viscount Cole (Sohn und Erben des Earl of Enneskillen), Sir Frederic Johnstone und mit einer dritten sehr hoch stehenden Person. Im vorliegenden Falle handelt es sich indessen nicht um die Scheidung, sondern um die Frage, ob die Angeklagte wahn-sinnig sei oder nur Wahnsinn simulire. Da eine Gesetzesbestimmung verbietet, jemanden in Anklagezustand zu versetzen, welcher wahn-sinnig ist, weil er seinen Verteidiger nicht instruiren kann, würde ein Scheidungsproceß unmöglich werden, falls das Gericht die Entscheidung fällt, Lady Mordaunt sei geisteskrank. Die bisher vorliegenden Zeugenaussagen medizinischer Autoritäten erklären, es liege der seltene Fall von Rindbettwahn-sinn vor, mit welchem wiederholt die Selbstanklage zusammen beobachtet worden sei. Zur Charakterisirung des Sahen genüge die Mittheilung, daß der Kläger, Sir Charles Mordaunt, häufige Besuche des Prinzen von Wales bei seiner (Mordaunts) Gattin konstatirt hat, von denen er selber erst hinterher Kenntniß erhalten, da während der Zeit seine Pflichten ihn ins Parlament riefen. Sir Charles ist im Besitze einer ganzen Reihe von Briefen des Prinzen von Wales an Lady Mordaunt, welche letztere fort-sufur, den königlichen Besuch zu empfangen, trotzdem ihr Gatte sie ernstlich davor gewarnt hatte. Welche Sensation der Proceß unter diesen Umständen erregt, ist leicht begreiflich. Zuerst hieß es, der Prinz werde selber als Zeuge vorgeladen werden, und er hatte bereits den Richter ersuchen lassen, ihm sein Zimmer dieserhalb zur Verfügung stellen zu lassen, doch stellte sich dies als ein bloßes Mißverständnis einer gesetzlichen Formalität heraus, und hat der Rechtsbeistand des Klägers nicht auf der Vorladung Er. K. Soheit bestanden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Basner in Posen.

**Terminkalender für Konkurse und Subhastationen**  
in der Woche vom 1. bis einschließlich 7. März 1870.

- A. Konkurse.**
- I. Eröffnet:** 1) Bei dem Kreisgericht in Posen am 16. Febr. die Konkurse über das Verm. a) des Kaufm. Joseph Wache in Posen; Tag der Zahlungseinstellung: 15. August 1869; einstw. Verwalter: Auktions-Komm. L. Manheimer; b) des Kaufm. Emil Aronson in Posen; Tag der Zahlungseinstellung: 16. August; einstw. Verwalter: Rfm. Hugo Wesel; c) am 17. Febr. des Rfm. und Schneidmstrs. Ernst Chr. Ludwig das., in Firma C. C. Ludwig; Tag der Zahlungseinstellung: 20. Jan. c; einstw. Verwalter: Aukt.-Komm. L. Manheimer.
  - 2) Bei dem Kreisgericht in Bromberg am 10. Febr. der Konk. über das Verm. des Rfm. Eduard Kornblum daselbst; Tag der Zahlungseinstellung: 21. Dez. 1869; einstw. Verwalter: Kaufm. Theodor Simons zu Bromberg.
  - II. Beendet:** Bei dem Kreisg. in Grätz der Konk. des Gutspächters Johann Busse, früher in Konin, durch Schlussvertheilung.
  - III. Termine und Fristabläufe.** Am 2. März. 1) Bei dem Kreisgericht in Posen in dem Konk. des Kaufm. Louis Lewin das., Ablauf der Anmeldefrist für Forderungen. 2) Bei dem Kreisgericht in Gnesen in dem Konk. des Kaufm. J. Rothmann, Verhandlung und Beschlußfassung über einen Akkord.
  - Am 3. März. 1) Bei dem Kreisgericht in Ostrowo, Vorm. 9 Uhr, in dem Konk. des Kaufm. Albert Krotoschiner das., Prüfungstermin. 2) Bei dem Kreisg. in Inowroclaw, Vorm. 10 Uhr, in dem Konk. des Rfm. Martin Lette, Termin zur Verhandlung und Beschlußfassung über einen Akkord.
  - Am 4. März. Bei dem Kreisgericht in Birnbaum in dem Konk. des Glasfabrikanten Kössler in Waice, Ablauf der 2. Anmeldefrist für Forderungen.
  - Am 5. März. 1) Bei dem Kreisg. in Posen, Vorm. 11 Uhr, in dem Konk. des Rfm. Hermann Jacobson daselbst, Prüfungstermin. 2) Bei dem Kreisgericht in Bromberg in dem Konk. des Missionpredigers Dr. Koppel das., Ablauf der Anmeldefrist für Forderungen.
  - Am 7. März. 1) Bei dem Kreisg. in Posen a) in dem Konk. des Rfm. Emil Aronson daselbst, Ablauf der Zahlungs- und Ablieferungsfrist; b) in dem Konk. des Kaufm. Ernst Chr. Ludwig daselbst, desgl. 2) Bei



# Neue Akademie der Tonkunst in Berlin.

Grosse Friedrichstrasse 94, unweit der Linden.

Am 1. April beginnt der neue Cursus: 1) Elementar- und Compositionslehre: Musikd. R. Wüerst, Hr. Breslauer; 2) Methodik: Prof. Th. Kullak; 3) Pianoforte: Prof. Th. Kullak, Hr. L. E. Bach, Hr. Breslauer, Hr. C. Bürgel, Hr. Alexis Hollaender, Hr. Henne, Hr. Hasse, Hr. Kirchner, Hr. Franz Kullak, Hr. Reichardt, Hr. Scharwenka, Fr. Alma Hollaender, Frau Ruppel, Fr. Floeter, Fr. Schneider; 4) Sologesang: Hr. Gustav Engel, Hr. Franz Kullak, Fr. Baum; 5) Violine: Hr. Prof. Grünwald; 6) Violoncello: Hr. Loeper; 7) Partitur und orchestrales Klavierspiel: Hr. Musikd. Kriger; 8) Quartettklasse: Prof. Grünwald; 9) Chorklasse: Hr. Franz Kullak; 10) Orchesterklasse: Musikd. R. Wüerst; 11) Italienisch: Dr. del Vecchio; 12) Deklamation: Fr. Anna Itzigsohn.

Mit der Akademie stehen in Verbindung:

## a. das Seminar

zur speziellen Ausbildung von Clavier- und Gesanglehrern und Lehrerinnen;

## b. die Elementar-Clavier- und Violinschule,

in der Anfänger vom 7. — 14. Jahre unter Oberleitung des Unterzeichneten unterrichtet werden. Das Honorar beträgt für diese Klasse 3 Thlr. monatlich;

## c. ein Gesangsverein,

dessen Hauptzweck das Studium von Vocalwerken für gemischten Chor bildet. Zwischen den chorischen Übungen werden jedoch auch Instrumentalcompositionen aufgeführt und namentlich wird den Eleven der Akademie Gelegenheit geboten, durch Solovorträge sich an ein Auftreten in grösserem Kreise zu gewöhnen.

Aufgenommen werden Schüler und Schülerinnen. Auswärtige finden gute Pensionate in unmittelbarer Nähe der Anstalt. Ausführliches enthält das durch die Buch- und Musikhandlungen und durch den Unterzeichneten zu beziehende Programm. — Berlin, im Februar 1870.

## Prof. Dr. Theodor Kullak,

Königl. Hofpianist und Hofpianist S. K. Hoh. des Kronprinzen von Preussen.

Sprechstunde: 9-10, 4-5 Uhr.

# Eisengießerei u. Maschinenfabrik

## Rühl & Brosowsky,

Frankfurt a/O., am Bahnhofe.

Hiermit zeigen wir ergebenst an, daß wir dem Kaufmann Herrn **W. Peikert** in Neutomysl den Vertrieb der Fabrikate unserer Eisengießerei und Maschinenfabrik für dort und Umgegend übertragen haben, und ist derselbe von uns mit Preis-Couranten, die unsere billigsten Fabrikpreise enthalten, versehen worden.

Wir werden es uns stets angelegen sein lassen, eingehende Ordres mit größter Sorgfalt auszuführen, und gestatten wir uns noch auf die specielle Annonce des Herrn **W. Peikert** hinzuweisen.

Auf obige Annonce der Herren **Rühl & Brosowsky, Frankfurt a/O.**, Bezug nehmend, erlaube ich mir hiermit ganz ergebenst anzuzeigen, daß Zeichnungen und Preis-Courante, namentlich von: **Sittren, Monumenten, Grabkreuzen, Grabtafeln, Ofentüren, Luftdichten und einfachen, Wagenbuchsen** in den verschiedensten Größen,

**Flugtheilen, Ringelwalzen, sowie den verschiedensten landwirthschaftlichen Maschinen** etc. etc.

jederzeit bei mir zur Ansicht bereit liegen, und werden Bestellungen von mir stets auf das Schnellste und Pünktlichste ausgeführt werden.

Indem ich noch um Ertheilung gütiger Aufträge bitte, zeichne Hochachtungsvoll

## W. Peikert.

Neutomysl, den 20. Februar 1870.

## Landwirthschaftliches Commissions-Geschäft

## S. A. Krueger,

Posen, Friedrichstraße Nr. 32 a.,

offerirt besten **Mapskuchen** à Centner 2 Thlr. 10 Sgr. franco Posen.

Ein junger Mann sucht für einige Wochen Beschäftigung in schriftlichen Arbeiten. Offerten **O. Z.** poste restante.

Sum 1. April d. J. wird 1 **Wirthschafts-Inspektor** mit 120 resp. 150 Thlr Gehalt u. 1 **Hofverwalter** mit 80 resp. 100 Thlr Gehalt nebst freier Station mit Bett und Wäsche gesucht. Beide stehen unter einem disponirenden Prinzipal. Portofreie Anfragen unter **B. Z. Garszyn** poste rest.

## Mädchen-Gesuch.

Ordentliche Mädchen, die etwas Handarbeit verstehen, auch mit auf Reisen gehen, suche ich zum sofortigen Antritt

## Würtz-Féron,

Volksgarten.

Eine möblirte Stube parterre **St. Martin** Nr. 3 ist sofort zu vermieten.

## Mastrvieh-Berf.

Auf dem Dom. **Gono** bei Lissa stehen 6 Ochsen, Kühe und 230 Hammel und ittern fett zum Verkauf.



## 20 fette Schine

stehen auf dem Dom. **Lawce**, Kreis **Schroda**, Postf. **zgierski**, zum Verkauf.

## 300 Fetthammel

stehen zum Verkauf auf dem **P. Bialzyn** bei **Mur. Goslin**.

## Lack-Ball-Stiefeln,

Suchten-Halb- u. **gr-Stiefeln**, sowie

## Kinder-Stiefeln,

empfehl in großer Auswa **St. Dabrowski**, **Wilhelmsstraße 18. vis-a-vis Hotel de France.**

## Gummi-Untergestoff

empfehl **J. Iendix**, **Art 86**, **Lindenstraße 4a** auf m Hofe sind zu verkaufen zwei Drehrollen, birkene Möbelen, Küchengeräthe und zwei Holstien.



## Silonese

ist von den Königl. preuß. Ministerium für Medizinal-Angelegenheiten geprüft und ist die Eigenschaft, Frostschäden zu beseitigen, der Haut ihre jugendliche Frische wiederzugeben und alle Hautunreinigkeiten, als: Sommerprossen, Leberflecke, zurückgebliebene Pockenflecke, Fimpen, trodene und feuchte Flechten, sowie Rötthe auf der Nase (welche entweder Frost oder Schärfe gelidert hat) und gelbe Haut zu entfernen. Es wird für die Wirkung, welche binnen vierzehn Tagen erfolgt, garantiert, und zahlen wir beim Nichterfolg den Betrag retour.

Um Täuschungen zu vermeiden, wolle man sich die **Rothe & Co. Marke** genau ansehen. Preis pro ganze Flasche 1 Thaler.

## Barterzeugung-Pomade,

à Dose 1 Thlr. Dieses Mittel wird täglich einmal Morgens in der Portion von zwei Erbsen in die Hautstellen, wo der Bart wachsen soll, eingerieben und erzeugt binnen sechs Monaten einen vollen, kräftigen Bartwuchs. Dasselbe ist so wirksam, daß es schon bei jungen Leuten von 17 Jahren, wo noch gar kein Bartwuchs vorhanden ist, den Bart in der obengedachten Zeit hervorruft. Die sichere Wirkung garantiert die Fabrik von **Rothe & Co.** in Berlin, Kammandantenstr. 31.

Die alleinige Niederlage befindet sich in **Posen** bei Herrn **Herrmann Moegelin**, **Bergstr. 9., Ecke der Wilhelmsstr.**



## Bahnhalsbänder

der Hoflieferanten **Gebr. Gehrig**, das bewährteste Mittel, Kindern das Bahnen zu erleichtern, empfiehlt à 10 Sgr **J. Bendix**, **Markt 86.**

## Kanoncnpl. 9 sind 2 möbl. Zimmer, mit oder ohne Beköstigung, zu vermieten.

**Pferdekaltungen**, sowie auch **Bodenräume** sind billig sofort zu vermieten **Leichstraße Nr. 4.** Näheres bei **H. Elkeles**, **Breitstraße Nr. 4.**

Ein gewandter, mit guten Zeugnissen versehener **Bediente** in geleszten Jahren wird zum 1. April c. in einem größeren Haushalt gewünscht. Nähere Auskunft in der Expedition dieser Zeitung.

Ein verheiratheter deutscher **Gärtner**, der zu Zeiten auch in der Wirthschaft beschäftigt wird, findet vom 1. April eine Stelle auf dem **Dominiun Glupon** bei **Ruslin**. Näheres daselbst.

Ein beider Sprachen mächtiger **Hofbeamter** findet sofort oder zum 1. April eine Stelle auf dem **Dom. Glupon** p. **Ruslin**. Näheres daselbst.

## Einen Lehrling

mit guter Schulbildung sucht unter sehr günstigen Bedingungen zum 1. April oder früher die Buchhandlung von **Louis Türk.**

Zur **Administration** eines **Ritterguts** von 6000 Morgen Areal, — in **Kommern** belegen —, von der Herrschaft nicht bewohnt, wird ein erfahrener, kautionsfähiger **Landwirth** in geleszten Jahren, mit guten Zeugnissen und Empfehlungen, zu engagiren gewünscht. Derselbe erhält dauernde, mit hohem Gehalt und Tantième verbundene Anstellung; kann auch verheirathet sein. Nähere Auskunft ertheilt im Auftrage das **landwirthschaftliche Bureau** in **Berlin**, **Rosenthalerstraße 14.** **L. A. Goetsch**, **Bureauvorsteher.**

## Destillateur

Ein praktischer sucht bald oder vom 1. März c. Stellung. Näheres ist zu erfragen bei dem Kaufman **N. Rajonski, Bul.**

## Ein praktischer Destillateur,

dem die besten Zeugnisse und Empfehlungen zur Seite stehen, sucht bald oder pr. 1. April Stellung. **Sef. Off. R. W. 30.** poste restante **Posen.**

Ein **Mädchen**, im Schneidern und Weidenen gewandt, sucht zum 1. April eine anderweitige Stellung. Nähere Auskunft ertheilt gütigst der **Rector der katholischen Schule zu Grätz, Herr Schura.**

## O. P. 17. Pinne.

Brief zu spät erhalten. — Bitte um neue Adresse. **D. F. 90. Samler.**

## an den Schottener? Referenten!

Bezieht sich das Fragezeichen nicht auch auf Ihr Referat?

## Verein junger Kaufleute.

Sonnabend den 26. d. M., **Nachmittags 2 Uhr.**

Vortrag des Redakteur **Hrn. Stein:** „Ueber einige französische Sozialisten und Communisten.“

Der Frau **Gräfin Emilie Storzewska** auf **Schloß Klein-Tesory** und dem Rittergutsbesitzer **Herrn Oswald Schmaedick** auf **Entecksa** für die uns zur Vertheilung an die hiesigen Stadarmen übersandten Geld- und Naturalienmittel hiermit unseren tiefgefühltesten Dank.

Santomysl, im Februar 1870.

Der Magistrat und die Stadtverordneten.

## Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer einzigen Tochter **Rothe** mit dem künftigen Gymnasiallehrer **Herrn Julius Fleischer** zu **P. Lissa** beehren wir uns Freunden und Bekannten, statt jeder besonderen Meldung, hiermit anzuzeigen. **Frankfurt**, den 20. Februar 1870.

**Carl Art,** **Charlotte Art geb. Fröhlich.**

Als Verlobte empfehlen sich: **Wolff Art,** **Julius Fleischer.**

## Stadt-Theater in Posen.

Freitag den 25. Februar. Bei aufgehobenem Abonnement. Zum **Benefiz** des Herrn von **Gulpen: Margaretha.** (Bauft.) Große Oper in 5 Akten von **Julius Barbier** und **Michel Carré.** Musik von **G. Sounod.** Die Billets sind von **Donnerstag** **Nachmittags 4 Uhr** ab bei Herrn **Caspari** zu haben.

Sonnabend den 26. Februar. Große **Nachtsvorstellung** zu halben Preisen. **Orpheus in der Unterwelt.** **Burleske-Oper** in 4 Akten von **S. Offenbach.**

## Saison-Theater in Posen.

Donnerstag den 24. Febr. Auf Verlangen zum **6. Male: König Hammon.** **Dramatisches Zeitgemälde** in 5 Akten von **Poly Genron.**

Dem verehrten Publikum hiermit die ergebene Anzeige, daß kommenden **Freitag** den 25. d. M. meine **Benefiz-Vorstellung** stattfinden wird. Ich habe zu derselben **Gounods Oper „Faust und Margaretha“** gewählt und darf ich dem verehrten Publikum wohl einen genuehreichen Abend versprechen, da mir, zur Herstellung eines guten Ensembles, die künftigen Damen und Herren des Schauspiel ihre Mitwirkung zugelegt haben.

Gefügt auf die vielfachen Beweise des Wohlwollens und der Theilnahme von Seiten des verehrten Publikums während der Dauer meines Engagements wage ich hier die Bitte auszusprechen, mich an diesem meinem **Benefiz-Abende** durch recht zahlreichen freundlichen Besuch erfreuen zu wollen.

**Herm. van Gulpen.**

## Volksgarten-Saal.

heute **Donnerstag** den 24. Februar: **Außerordentlich große Extra-Vorstellung**

zum **Benefiz** für die **Gymnastiker, Seiltänzer- und Plaklitter-Gesellschaft** **Würtz-Féron.**

Aus dem reichhaltigen **Program** ist besonders hervorzuheben: Das **doppelte englische Kanjail** — Die **Strabanten-Voltige** (von 3 Herren ausgeführt) — Die **Riesen-Saltomortales**. — Zum ersten Male: **Vulkans Feuerere** — Das **Doppeltrapez** — Das **Fest der Ephenen** — **Tableaux vivants** etc. etc.

Entrée an der **Kasse 5 Sgr.** Tagesbillets 3 Sgr. bei Herrn **Reugebauer.** Anfang wegen der Länge der Vorstellung **präcis 7 Uhr.**

**Emil Tauber.**

## Lamberts Salon.

Freitag

## letztes Konzert

der **Violinvirtuosinnen** **Hrn. Pauline Jewe** und **Elisabeth Batori**, der **Cellistin** **Hrn. Emma Jewe** und des **Kapellmeisters** **Hrn. Rud. Winter.**

Anfang **7 1/2 Uhr.** — **Entrée 5 Sgr.**

## Café Bellevue-Salon.

Jeden Abend um **1/8 Uhr**

## Gesang-Konzert.

Sonnabend den 26. Februar, **Abends 7 1/2 Uhr,**

## im Gesellschaftssaale der Loge

## Violin-Konzert

der **Geschwister Jewe.**

Einführung durch **Logenmitglieder** gestattet. Billets d'ordre bei den **Vorsehern**, **Abends** an der **Kasse.**

## Lamberts Salon.

Sonntag den 27. und folgende Tage

## große geologische Vorstellung

nebst Vortrag über die **Erdsformation, Gesteine** und **Geoplineen**, von **Professor C. Brüske**, sowie **Darstellung der Wunder-Fontaine** (**Kalospinthe-chromokrene**).

Alles Nähere die **Zettel.** **Hochachtungsvoll** **C. Brüske** und **Bötcher.**

## Körnen-Telegramme.

Berlin, den 24. Februar 1870. (Wolffs telegr. Bureau.)

Rot. v. 23		r. 22		Rot. v. 23		r. 21.	
<b>Roggen, fest.</b>				<b>Fondsboerse fest.</b>			
lauf. Monat . . . 42 1/2	42 1/2	42 1/2	42 1/2	Alt. Hof. St. Alt. 55 1/2	55 1/2	55 1/2	55 1/2
April-Mai . . . 42	41 1/2	41 1/2	41 1/2	Frankosen . . . 206 1/2	206 1/2	206 1/2	206 1/2
Mai-Juni . . . 42 1/2	41 1/2	41 1/2	41 1/2	Bombarden . . . 132 1/2	131 1/2	131 1/2	131 1/2
Juni-Juli . . . 43 1/2	43	43	43	Pr. St. Schuldsch. 78	77 1/2	77 1/2	77 1/2
<b>Sanall.:</b> nicht gem.				Neue Hof. Pfandbr. 81 1/2	81 1/2	81 1/2	81 1/2
<b>Rüßöl, höher.</b>				Hof. Rentenbriefe 83	82 1/2	82 1/2	82 1/2
lauf. Monat . . . 13 1/2	13 1/2	12 3/4	12 3/4	Russ. Banknoten 74 1/2	74 1/2	74 1/2	74 1/2
April-Mai . . . 13 1/2	13 1/2	12 3/4	12 3/4	Poln. Liq.-Pfandbr. 57	57	56 1/2	56 1/2
<b>Spiritus, behauptet.</b>				1860 Loose . . . 78 1/2	78 1/2	78 1/2	78 1/2
lauf. Monat . . . 14 1/2	14 1/2	14 1/2	14 1/2	Italiener . . . 56	55 1/2	55 1/2	55 1/2
April-Mai . . . 14 1/2	14 1/2	14 1/2	14 1/2	Amerikaner . . . 95 1/2	95 1/2	94 1/2	94 1/2
Juni-Juli . . . 15 1/2	15 1/2	15 1/2	15 1/2	Türken . . . 45	44 1/2	44 1/2	44 1/2
<b>Sanalliste:</b> nicht gemeldet.				Rumänier . . . 71 1/2	71 1/2	71 1/2	71 1/2

Stettin, den 24. Februar 1870. (Maruse & Maass.)

Rot. v. 23.		Rot. v. 23	
<b>Weizen, unverändert.</b>		<b>Spiritus, matt.</b>	
Februar . . . 59 1/2	59 1/2	Februar . . . 14 1/2	14 1/2
Frühjahr . . . 59 1/2	60	Frühjahr . . . 14 1/2	14 1/2
Mai-Juni . . . 60 1/2	60 1/2	Mai-Juni . . . 14 1/2	14 1/2
<b>Roggen, fest.</b>		<b>Rüßöl, fest.</b>	
Februar . . . 40 1/2	41	April-Mai . . . 12 1/2	12 1/2
Frühjahr . . . 41 1/2	41 1/2	Sept.-Okt. . . 12 1/2	12 1/2
Mai-Juni . . . 41 1/2	41 1/2		

## Körse zu Posen

am 24. Februar 1870.

**Fonds.** Posener 3 1/2 % alte Pfandbriefe —, do. 4 %, neue do. 1 1/2 % do. Rentenbriefe 82 1/2 % do. poln. Banknoten 74 1/2 % do.

[Amlicher Bericht.] **Roggen** [p. 25 pr. Scheffel = 2000 Pfd.] gefünd 100 Bispel. pr. Febr. 39 1/2, Febr.-März —, März-April 39 1/2, Frühjahrs 39 1/2, April-Mai 39 1/2, Mai-Juni 39 1/2.

**Spiritus** [p. 100 Quart = 8000 % Tralles] (mit Faß) gefündigt 8000 Quart pr. Febr. 13 1/2, März 13 1/2, April 13 1/2, Mai 14 1/2, Juni 14 1/2, Juli 14 1/2. Lolo-Spiritus (ohne Faß) 13 1/2.

**Fonds.** [Privatbericht.] 3 1/2 % Preuß. Staatsschuldcheine 78 nom., 4 % Hof. Pfandbr. 81 1/2 % do., 4 % Hof. Rentenbr. 82 1/2 % do., 4 % do. Pror.-Bank —, 4 % do. Realcredit infl. 93 % do., 5 % do. Stadt-Oblig. —, 4 % Markt-Hof. Stammaktien 56 % do., 4 % Berlin-Str. do., 5 % Ital. Anleihe März 55 1/2 % do., 6 % Amerikan. do. (de 1882) 95 % do., 5 % Türkl. do. (de 1865) 44 1/2 % do., 5 % Decker-franz. Staatsbahn —, 5 % do. Südbahn (omb.) —, 7 1/2 % Rumän. Eisen-Anl. 71 1/2 % do.

**Prämien.** Amerik. Bonds (1882) 94 1/2 % Rückpr. bz. **Loose.** Deckerische (1860) Loose 79 % do.

[Privatbericht.] **Wetter:** mild. **Roggen** behauptet. Gefündigt 100 Bispel. pr. Febr. 39 1/2 % do., 39 1/2 % do., Febr.-März —, Frühjahrs 39 1/2 % do., April-Mai do., Mai-Juni 39 1/2 % do., 39 1/2 % do., Juni-Juli 40 1/2 % do., Juli-August 41 % do. u. do.

**Spiritus:** unverändert. Gefündigt 3000 Quart. pr. Febr. 13 1/2 % do., 13 1/2 % do., März 13 1/2 % do., April 13 1/2 % do., April-Mai 14 % do., 13 1/2 % do., Mai 14 1/2 % do., Juni 14 1/2 % do. u. do., Juli 14 1/2 % do., Aug. 14 1/2 % do. u. do. Lolo ohne Faß 13 1/2 % do.

## Produkten-Körse.

**Berlin**, 23. Febr. **Wind:** NW. **Barometer:** 27°. **Thermometer:** 29°. **Witterung:** bewölkt. — Der Bericht von **Roggen** ist im Wesentlichen unverändert geblieben. Es stellte sich im Laufe der Böse heraus, daß die Offerten der Nachfrage kaum genügen, obson letztere vorfristig operirte und sonderlich umfangreich keineswegs gewesen ist. Zu regem Handel auf Termine kam es denn auch nicht und auch loto ist der Verkehr still. Gefündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis 42 1/2 % do. — Roggen mehl unverändert. — Weizen still — Hafer loto schwerfälliger Handel. Termine wenig beliebt. — Rüßöl fest und höher. Entfernte Termine wurden auch heute besonders beachtet. — Spiritus ohne wesentliche Veränderung. Anfänglich war die Kaufkraft überwiegend, später begegnete man vermehrten Offerten. — Weizen loto pr. 2010 Pfd 49—53 Rt nach Qualität pr. 2000 Pfd per diesen Monat 55 Rt. Br., Febr.-März do., April-Mai 55 1/2 a 56 1/2 bz. u. Br., Mai-Juni 56 1/2 a 57 bz. u. Br., Juni-Juli 58 a 58 1/2 a 58 1/2 bz., Juli-August 59 1/2 Br. — Roggen loto pr. 2000 Pfd 41—43 1/2 Rt. bz., per diesen Monat —, April-Mai 41 1/2 a 1/2 bz., Mai-Juni 41 1/2 a 42 bz., Juni-Juli 43 a 43 1/2 bz. — Serre loto pr. 1750 Pfd 30—44 Rt. nach Dual. — Hafer loto pr. 1200 Pfd. 21—26 1/2 Rt. nach Du. 'tat, 21 1/2—24 1/2 Rt. bz., per diesen Monat —, April-Mai 24 1/2 nom., Mai-Juni 24 1/2 bz., Juni-Juli 25

